



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
NEW YORK OFFICE

# TPP UND TTIP: GEFÄHRLICHE KOMPLIZEN

Der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen in den USA

Von Mike Dolan

## Inhaltsverzeichnis

TTP und TTIP bekämpfen. Von den Herausgebern.....	1
---	---

### **TPP und TTIP: Gefährliche Komplizen**

<b>Der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen in den USA.....</b>	<b>2</b>
---	----------

Von Mike Dolan

Einleitung.....	2
Die Geschichte der Freihandelsabkommen.....	3
Die Freihandels-Lobby.....	6
Die Fairtrade-Bewegung.....	7
Umweltschützer.....	10
Verbraucher.....	12
Landwirte und Viehzüchter.....	16
Arbeitnehmer.....	17
Kirchliche Opposition.....	20
Populisten.....	21
Schlussfolgerungen.....	23
Argumentationsstränge und Verteidigungslinien.....	23
Auswirkungen der Kongresswahlen 2014.....	25
Wie weiter? .....	25

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Januar 2015

**Herausgeber:** Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

**Adresse:** 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

**E-Mail:** info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

**[www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)**

## **TTP und TTIP bekämpfen**

Durch den Aufstieg der sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) hat der Kapitalismus eine neue Epoche eingeläutet. Nachdem Europa und die Vereinigten Staaten die Welt jahrhundertlang dominierten, scheint sich das ökonomische Zentrum des Kapitalismus nun zu verlagern: vom Westen und Norden hin zum Osten und Süden. Obwohl es noch zu früh ist für eine Prognose, wie sich diese Verschiebung auf die globalen Machtbeziehungen auswirken wird, können wir doch bereits einen substanziellen Wandel diagnostizieren. Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas zum „Exportweltmeister“ illustriert, wohin die Reise geht: nämlich in Richtung eines relativen Abstiegs des Westens und eines stärkeren Selbstbewusstseins (mancher) der BRICS-Staaten und anderer Länder des globalen Südens.

Die Staaten des Westens wollen diese tektonische Verschiebung der globalen Machtbeziehungen nicht einfach hinnehmen. Ihre Regierungen versuchen daher, den Trend zu verlangsamen bzw. zu stoppen, so dass sie die Weltökonomie weiter steuern und ihre eigenen Interessen schützen können. In diesem Kontext sind die gegenwärtig laufenden Verhandlungen über zwei gigantische „Handelsabkommen“ ein wichtiges Instrument: Auf der pazifischen Seite verhandeln die Vereinigten Staaten eine „Trans-Pazifische Partnerschaft“ (TPP) mit Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Auf der atlantischen Seite nimmt die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Union Gestalt an. Diese Initiativen sind eine Antwort des Westens auf das Scheitern des Projekts eines gemeinsamen Marktes auf dem amerikanischen Kontinent und der Nutzung der Welthandelsorganisation (WTO) zur Umsetzung der eigenen ökonomischen Agenda. Diese Misserfolge wiederum sind ihrerseits Folgen ebenjener Machtverschiebung, die durch die Abkommen aufgehalten werden soll. Der Schlüssel zu ihrem Verständnis liegt darin, dass die Abkommen in Wirklichkeit gar nicht auf Handelsfragen fokussieren; nicht einmal ihre Befürworter behaupten, sie würden sich nennenswert auf den Handel auswirken oder substanzielles ökonomisches Wachstum generieren. Vielmehr sollen sie dem Westen die Möglichkeit eröffnen, die Standards für die Weltökonomie des 21. Jahrhunderts zu setzen und auf diese Weise den Aufstieg der BRICS, und insbesondere Chinas, einzudämmen.

Der US-Handelsbevollmächtigte macht derzeit mächtig Druck, TPP und TTIP schnellstmöglich zu verabschieden. Durch den neu gewählten, mehrheitlich republikanischen Kongress scheint eine Mehrheit in beiden Häusern durchaus möglich. Dieses Ergebnis ist jedoch keineswegs in Stein gemeißelt, meint Mike Dolan, Vizepräsident der Citizens' Trade Kampagne. In dieser Studie macht er eine Bestandsaufnahme des Widerstands gegen TPP und TTIP in den Vereinigten Staaten und benennt Eckpunkte einer Strategie, wie wir diese Abkommen verhindern können, die zahlreiche Arbeitsplätze bedrohen, Arbeitsstandards und ökologische Regeln untergraben, Zugang zu Medikamenten erschweren und Konzerne sogar von juristischen Verfahren ausnehmen. Wenn wir das „Fast-Track“-Verfahren im Kongress stoppen können, das nur eine Abstimmung über die Abkommen in Gänze anstatt über die einzelnen Punkte gestattet, und in eine Debatte über die Details eintreten, argumentiert Dolan, wird der Kongress weder TPP noch TTIP verabschieden. Also: Nichts wie ran!

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg  
Leiter des Büros New York, Januar 2015*

# TPP und TTIP: Gefährliche Komplizen

## Der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen in den USA

Von Mike Dolan

*Der Konferenzraum im Wahlkreisbüro der Abgeordneten hatte nicht genug Stühle, und einige Jüngere aus der ziemlich großen Besuchergruppe lehnten sich an die Wand. Nach einer Weile kam die Kongressabgeordnete, begleitet von ihrem Wahlkreisleiter. „Großartig, so eine große Gruppe! Ein paar von Euch kenne ich sogar, einen schönen guten Morgen!“, rief die langjährige Abgeordnete erfreut, „stellt Euch bitte alle vor. Fangen wir einfach hier bei Dir an“, wandte sie sich einer Nonne zu, die direkt neben der Tür saß.*

*Alle nannten ihre Namen und Institutionen – darunter Schulen, Gewerkschaften, Kirchen, Menschenrechtsgruppen, Verbrauchervereine, Umweltschutzorganisationen, Kleingewerbe und bäuerliche Betriebe.*

*„Schön, dass Ihr alle gekommen seid. Aber Moment – ist da etwas falsch gelaufen, gab es in meinem Terminkalender Überschneidungen? Wieso seid Ihr alle auf einmal gekommen, so viele Leute aus so verschiedenen Vereinigungen?“ „Frau Abgeordnete“, sagte der politische Direktor des örtlichen Gewerkschaftsrats mit einem Schmunzeln, „wir sind alle Mitglieder im Fairtrade-Bündnis. Wir wollen hier mit Ihnen über TPP und TTIP reden, und wir möchten Sie überzeugen, gegen Fast Track zu stimmen.“*

Im US-Kongress steht dieses Jahr eine folgenschwere Debatte über internationalen Handel und demokratische Werte an. Vordergründig geht es um den engen verfassungsrechtlichen Rahmen für *Fast Track*, ein Schnellverfahren, das es dem Präsidenten ermöglicht, Handels-

verträge beschleunigt durch den Kongress zu bringen.

Der US-Verfassung gemäß fällt die Handelspolitik in die Zuständigkeit des Kongresses. Er legt die Zölle fest, die in der Vergangenheit eine unkomplizierte und verlässliche Einnahmequelle des US-Finanzministeriums waren und höher ausfielen als die Steuereinnahmen.<sup>1</sup> Im Zuge des neoliberalen „Washington-Konsensus“ wurden die Zölle jedoch drastisch gesenkt. Handelsvereinbarungen wurden immer komplexer und enthielten zunehmend Regelungen, die Unternehmen begünstigten. Die 1962 gegründete Bundesbehörde des Handelsvertreters der Vereinigten Staaten (*United States Trade Representative*, USTR) und die Freihandels-Lobby schmälerten die Befugnisse des Kongresses.

Fast Track ist eine parlamentarische Regel, die 1975 eingeführt wurde und vorschreibt, wie der Kongress Handelsvereinbarungen ratifiziert. Es schränkt die Entscheidungsbefugnis des Kongresses ein, da Handelsabkommen, die

<sup>1</sup> Laut Artikel 1, Absatz 3 und Satz 3 der Verfassung der Vereinigten Staaten ist der Kongress bevollmächtigt, den Handel mit dem Ausland zu regulieren. Artikel 2, Absatz 2 und Satz 2 bemächtigt den Präsidenten zum Abschluss von Verträgen, wenn zwei Drittel des Senats zugestimmt haben. Um diese Verfassungsbestimmungen zu umgehen, wurde das NAFTA-Abkommen nicht als Vertrag, sondern als Vereinbarung zwischen dem Kongress und der Exekutive ausgehandelt. Dieser Umweg wurde später gerichtlich (Alabama District Court im Verfahren *U.S.A. Foundation vs. Unites States*, 56. F.Supp. 2d 1226, N.D. Ala. 1999) für verfassungskonform befunden. Der United Court of Appeals 11th Circuit wies die Beschwerde dagegen als nicht verhandelbare politische Frage zurück (*Made in the U.S.A. Foundation vs. the United States*, 242 F.3d 1300, 11th Cir. 2001.sdf).

der USTR ausgehandelt und der US-Präsident unterzeichnet hat, dem Kongress nur noch zur Abstimmung vorgelegt werden. Über den Inhalt der Abkommen dürfen die Abgeordneten nur in sehr begrenztem Ausmaß beraten und keine Änderungen vornehmen. Zudem legt die Regierung fest, wie die Abkommen umzusetzen sind, und modifiziert bei Bedarf bestehende Bundesgesetze und -richtlinien. Die Regierung hat dieses Schnellverfahren seit seiner Einführung 16-mal für Handelsabkommen angewandt, beispielsweise beim „North American Free Trade Agreement“ (NAFTA) und beim „U.S.-Korea Free Trade Agreement“ (KORUS).

Der USTR und die Freihandels-Lobbyisten der Unternehmen nennen Fast Track gerne „Trade Promotion Authority“ (TPA), doch man muss dem Autor und Satiriker Jim Hightower zustimmen, der dazu sagte, „ein Schwein mit Lippenstift bleibt immer noch ein Schwein.“ Derzeit besitzt Präsident Obama keine Fast-Track-Befugnis, die immer zeitlich begrenzt ist. Zuletzt besaß er diese Befugnis als das KORUS-Abkommens im Jahr 2011 verabschiedet wurde.<sup>2</sup>

Die Befürworter des sogenannten Freihandels in der Regierung und in Unternehmervereinigungen wie der US-Handelskammer behaupten, Fast Track sei notwendig, um die Verhandlungen zu den beiden Freihandelsab-

kommen „Trans-Pacific Partnership“ (TPP) und „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) erfolgreich abzuschließen. Sie haben im Kongress ihre Lobbyarbeit verstärkt, damit diese geheimen Abkommen mit Hilfe des Fast-Track-Verfahrens geschlossen werden können. Zugleich jedoch formiert sich gegen Fast Track und die Handelsabkommen eine breite zivilgesellschaftliche Opposition, die Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände, Glaubensvereinigungen und landwirtschaftliche Kleinbetriebe umfasst.

Lobbyisten wie ich vertreten diese Gruppierungen im Kapitol in Washington. Ihre Mitglieder und Aktivisten kommen aus jeder Gesellschaftsschicht, sind geographisch weit gestreut und umfassen ein überraschend breites ideologisches Spektrum. Was sie verbindet, ist ihre Opposition gegen die gescheiterte NAFTA-Politik und ihre Forderung, das anachronistische Fast-Track-Verfahren aufzugeben.

Seit den Kongresswahlen 2014, bei denen die Republikaner die Kontrolle über beide Kammern erlangten, ist ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen aller oppositionellen Kräfte gegen die Freihandels-Lobby und ihre konzernfreundliche Politik dringlicher denn je. Die Republikaner drängen auf einen schnellen Verhandlungsabschluss, und den Gegnern von Fast Track, TTIP und TTP steht ein harter Kampf bevor. Es ist zu hoffen, dass die Bewegung als Ganze größer und stärker ist als die Summe ihrer Teile. Man wird sehen, ob die politische Stoßkraft dieser ganz verschiedenen Aktivisten ausreicht, die Handelsverträge zu verhindern und die Debatte um Freihandel ein für allemal zu verändern.

## **Die Geschichte der Freihandelsabkommen**

Am Anfang waren NAFTA und die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO),

<sup>2</sup> Die jüngste Ermächtigung zum Treffen von Handelsvereinbarungen wurde 2002 mit dem *Bipartisan Trade Authority Act* erteilt. Das Gesetz gab dem Präsidenten die Befugnis für Verhandlungen bis zum 1. Juli 2007. Drei Vereinbarungen (Colombia FTA, Panama und KORUS) wurden verhandelt und von Präsident Bush unterzeichnet, aber dem Kongress erst nach Ablauf der Frist vorgelegt. Obwohl die Fast-Track-Befugnis für danach getroffene Handelsvereinbarungen nicht mehr gültig war, blieb die „trade promotion authority“ in Kraft. Siehe dazu J.F. Hornbeck and William H. Cooper, „Trade Promotion Authority (TPA) and the Role of Congress in Trade Policy,“ Congressional Research Service, (14. Januar 2013), S. 7; Emily C. Barbour, „Trade Promotion Authority and the U.S.-South Korea Free Trade Agreement,“ Congressional Research Service, (2. März 2011), S. 1, 6-9; „To implement the United States-Korea Trade Agreement: Roll Vote No. 783.“ Congressional Record (12. Oktober 2011) S. D1082.

Handelsvertrag	Abstimmung im Repräsentantenhaus	Jahr der Gültigkeit oder Ablehnung
North American Free Trade Agreement (NAFTA)	234-200 (1993)	1994
World Trade Organization (WTO)	288-146 (1994)	1995
Multilateral Agreement on Investment (MAI)	n.v.	1998
Caribbean Basin Initiative (CBI)	309-110 (2000)	2000
African Growth and Opportunity Act (AGOA)	234-163 (1999)	2000
Permanent Normal Trade Relations with China (PNTR)	237-197 (2000)	2000
Freihandelsabkommen USA-Jordanien	per Zuruf (2001)	2001
Free Trade Area of the Americas (FTAA)	n.v.	2004
Freihandelsabkommen USA-Singapur	272-155 (2003)	2004
Freihandelsabkommen USA-Australien	314-109 (2004)	2005
Freihandelsabkommen USA-Zentralamerika (CAFTA)	217-215 (2005)	2007
Trade Promotion Agreement USA-Panama	300-129 (2011)	2011
Freihandelsabkommen USA-Kolumbien	262-167 (2011)	2012
Freihandelsabkommen USA-Korea (KORUS)	278-151 (2011)	2012

Grafik 1: Multilaterale und bilaterale Handelsabkommen der Vereinigten Staaten

die eine wahre Brut multilateraler Initiativen gebaren (CBI, AGOA, MAI, FTAA, CAFTA, TPP und TTIP) sowie eine Reihe von kontroversen bilateralen Abkommen.

Auf den ersten Blick scheint die Freihandels-Lobby einen Sieg nach dem anderen erlangen zu haben. Die oben stehende Übersicht zeigt, dass es zehn zu zwei steht. Die beiden Handelsvereinbarungen FTAA und MAI scheiterten, weil sie dank der Opposition aus der Zivilgesellschaft in den Verhandlungen stecken blieben. Allerdings ist die Übersicht irreführend, da sie unerwähnt lässt, dass wir Fast Track während der 105. Sitzungsperiode des Kongresses (1997-1998) verhinderten. Das war während Bill Clintons zweiter Amtszeit, als die Republikaner in beiden Kongresskammern Mehrheiten besaßen. Auch die historische „Battle of Seattle“ (1999) erscheint in der Übersicht nicht. Die WTO scheiterte damals mit ihrer „Jahrtausendrunde“, weil die Bewegung für *Fairtrade* (fairen Handel) sie auf den Straßen Seattles in ihre Schranken wies.

Diese beiden Siege der Antiglobalisierungsbewegung wiegen mehr als all die schnell ausgehandelten, schmutzigen bilateralen Abkommen zusammengenommen. Wenn man die weniger umstrittenen Freihandelsabkommen mit Jordanien, Singapur, Panama und Australien nicht mitrechnet und die Siege über Fast Track und die WTO in den letzten Jahren der Amtszeit Bill Clintons hinzunimmt, dann steht die Fairtrade-Bewegung deutlich besser da. Betrachtet man die Debatten über die US-Handelspolitik genauer, zeigt sich, dass wir die großen Schlachten durchaus gewinnen können. Wie in militärischen Konflikten mag eine Seite zwar mehr einzelne Gefechte gewinnen, doch den Krieg letztlich verlieren.

TPP und TTIP sind im Zusammenhang mit der schwindenden Bedeutung der WTO-Verhandlungen zu verstehen. Nachdem die „Jahrtausendrunde“ in Seattle im Jahr 1999 so grandios scheiterte, begannen das Prestige und die Legitimität der WTO zu verblassen. Ein ganzes Jahr lang brauchte die WTO in Genf, um sich zu erholen. Im November 2001 wich sie nach

Doha in Katar aus, wo Protest kaum möglich war, und versuchte es von dort aus erneut.

Zehn Jahre und zahlreiche Verhandlungen später war der Doha-Entwicklungsrunde die Luft ausgegangen. Die Gespräche zogen sich hin, und die Verhandlungsteams der USA versuchten sich vergeblich in Wiederbelebungsversuchen. Heute verliert die WTO für die Welthandelspolitik immer mehr an Bedeutung. Ihr Sekretariat in Genf besitzt zwar nach wie vor Verwaltungs- und Umsetzungsfunktionen. Doch ihre früher viel gerühmte schiedsrichterliche Rolle hat die WTO eingebüßt. Diese Funktion erfüllen mittlerweile die „Investor State Dispute Settlements“ (ISDS). Vor dieser Instanz verklagen Investoren Regierungen, wenn sie aufgrund von Investitions- und Handelsverträgen Profiteinbußen hinnehmen mussten.

Großkonzerne und die ihnen zuarbeitenden Politiker und Bürokraten monieren den Bedeutungsverlust der WTO. Ein Ausdruck dieser Frustration sind TPP und TTIP. Als Alternativen zum schwerfälligen WTO-Prozess und zur strauchelnden Doha-Runde konzipierte die Freihandels-Lobby neue multilaterale und regionale Handelsabkommen.

Neben dem Bedeutungsverlust der WTO spielt auch der Aufstieg Chinas im Zusammenhang mit den neuen Freihandelsabkommen eine zentrale Rolle. Die Ambitionen der Vereinigten Staaten stehen in klarem Widerspruch zu Chinas diplomatischen Zielen im pazifischen Raum. Zudem wirbt China in der Region für ein anderes Handelsmodell – eine *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP), das die meisten ASEAN-Staaten einschließt, nicht aber die USA. Viele Beobachter kommen zu dem Schluss, dass die chinesisch-amerikanische Konkurrenz das ökonomische Gefüge der Region entscheidend prägen wird.

China ist einer der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika)

und damit eine der fünf schnell wachsenden Volkswirtschaften. Je mehr die Macht der BRICS-Staaten zunimmt, desto lauter fordern die Wirtschaftseliten der USA und EU Ausnahmeregelungen und neoliberale Gesetze, die ihnen erlauben, ihre Geschäftsinteressen auf internationaler Ebene durchzusetzen.

Aus dem Widerstand gegen NAFTA erwuchs die amerikanische Antiglobalisierungsbewegung. Die US-weite Mobilisierung gegen NAFTA in den Jahren 1992 und 1993 brachte die Basis der Fairtrade-Bewegung hervor. Das Wachstum der amerikanischen Antiglobalisierungsbewegung ist einer 22-jährigen Bündnisarbeit zu verdanken.

Die vorliegende Studie bietet einen Überblick über die Fairtrade-Bewegung und ihre einzelnen Bestandteile in den USA: Gewerkschaften, Umweltschutzinitiativen, kirchliche und Verbraucherschutzgruppen, Kleingewerbe und landwirtschaftliche Betriebe.

In den Vereinigten Staaten ist das TPP-Abkommen heute weitaus bekannter und umstrittener als das TTIP, da die Verhandlungen weiter fortgeschritten sind. Das TPP ist nicht zuletzt wegen der *docking agreements* (Ankopplungs-Vereinbarung) kontrovers. Dieser Regelung zufolge würde jedes Land, das mit den Vereinigten Staaten ein Freihandelsabkommen eingehen will, dem TPP beitreten. Es müsste sich dann an die Regeln halten, die in den 29 geheimen Abschnitten ausgeführt sind. Einige Regierungen haben bereits Interesse an einem „blinden“ Beitritt zum TPP bekundet.

Konfrontiert mit gleich zwei so weitreichenden Freihandelsabkommen wie TPP und TTIP bietet sich uns derzeit die wohl letzte Gelegenheit für eine US-weite Debatte über fairen Handel und die von Konzernen diktierte Globalisierung. Vermutlich wird es unsere letzte Chance sein, das Paradigma der herrschenden Handelspolitik zu durchbrechen.

## Die Freihandels-Lobby

Für eine Analyse der Akteure und Machtbeziehungen in der Handelspolitik müssen wir zunächst die Interessen der Großkonzerne betrachten. Die *U.S. Business Coalition for TPP*, eine "branchenübergreifende Gruppe bestehend aus US-Firmen und Unternehmensvereinigungen der wichtigsten Sektoren der US-Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft, der herstellenden und verarbeitenden Industrien, dem Groß- und Einzelhandel, Verlagen, Handel und Dienstleistungen."<sup>3</sup> Sein *Emergency Committee for American Trade* (ECAT) hat seinen Hauptsitz in Washington. Worin die Notsituation im amerikanischen Handel, die die Organisation im Namen trägt, bestehen soll, müsste allerdings noch erklärt werden.

Ganz in der Nähe beherbergt die US-Handelskammer die ähnlich geartete *Business Coalition for Transatlantic Trade*.<sup>4</sup> Der Eigendarstellung nach repräsentiert sie „große Firmen mit umfassenden Kapitaleinlagen in der transatlantischen Wirtschaft sowie viele große branchenübergreifende Industrieorganisationen. Die Business Coalition umfasst mehrere auf Einzelthemen spezialisierte Arbeitsgruppen wie auch eine allgemeine, breite Mitgliedschaft.“

Die *U.S. Business Coalition for TPP* verzeichnet auf ihrer Webseite 74 Konzerne und 73 Handelsvereine. Die Führung ihrer Schwesterorganisation, die *Business Coalition for Transatlantic Trade*, besteht aus acht Vereinigungen und dreizehn Firmen, von denen sich alle bis auf die *Ford Motor Company* auch in ersterer wiederfinden. Die meisten Konzerne verfügen über umfangreichen Besitz im Ausland bzw. ausländische Tochtergesellschaften. In einigen Handelsvereinigungen sind auch ausländische Firmen Mitglieder. So repräsentieren zwei

Gruppen im TPP-Bündnis den Konzern Fonterra. Dabei handelt es sich um einen neuseeländischen Monopolisten aus der Milchverarbeitenden Industrie mit dem direkten Interesse, dass durch TPP Märkte geöffnet werden.

Neben ECAT und der US-Handelskammer, die die Bündnisse für die beiden Freihandelsabkommen aus der Taufe gehoben haben, existieren in Washington drei weitere Freihandels-Knotenpunkte. Die *National Association of Manufacturers* (NAM) ist ihren eigenen Worten nach die „mächtige Stimme der Hersteller und die führende Verfechterin einer Politik, die der herstellenden Industrie beim Wettbewerb in der globalen Wirtschaft zur Seite steht.“<sup>5</sup> NAM unterstützt Fast Track und liefert auf Anfrage gerne Freihandels-Werbematerial. Eines der prominentesten Mitglieder ist der Vorstandsvorsitzende von Toyota.

Während NAM die herstellende Industrie repräsentiert, vertritt die *Coalition of Service Industries* (CSI) die Interessen der Dienstleistungsbranche. Mit einer ausgefeilten Internetpräsenz lobt auch sie TPP, TTIP und die Vereinbarung „Trade in Services Agreement“. Als Mitglieder hat das CSI 35 Konzerne von Aflac und dem Versicherungsmultiplikatoren AIG, dem die US-Steuerzahler aus der Patsche halfen, bis zu Walt Disney und der Rechtsanwaltsfirma White & Case. Letztere erzielte Profite mit Gerichtsprozessen, die sie mit Hilfe von Investment-Klauseln in NAFTA- und CAFTA-Verträgen gewonnen hatte.

Schließlich gibt es noch die traditionsreiche Vereinigung *Business Roundtable*. Sie betrieb Lobby-Arbeit für NAFTA und agitierte mit allen Mitteln gegen jede Maßnahme, die auch nur im Entferntesten den Gewerkschaften und der Umwelt genutzt hätte. Nach wie vor kämpft sie

<sup>3</sup> [www.tppcoalition.org](http://www.tppcoalition.org).

<sup>4</sup> [www.transatlantictrade.org](http://www.transatlantictrade.org).

<sup>5</sup> [www.nam.org](http://www.nam.org).

für Freihandelsvereinbarungen, die im Interesse ihrer Mitglieder liegen. Zusammen mit ECAT, der US-Handelskammer, NAM und CSI rief der Business Roundtable das Bündnis *Trade Benefits America* ins Leben, das man im Hinblick auf seine institutionellen Verflechtungen getrost als inzestuös und überflüssig bezeichnen kann.

Die Organisationsstruktur dieser Freihandelsverbände lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: *Fortune500*-Konzerne schließen sich Handelsvereinigungen und dann noch größeren Konzernbündnissen wie der US-Handelskammer und dem Business Roundtable an. Diese rufen ihrerseits Organisationen ins Leben, die sich auf Handelspolitik konzentrieren und sich für die Erweiterung des NAFTA-Modells und des Fast-Track-Verfahrens ins Zeug legen.

Angespornt durch die Verheißungen neuer Profitmöglichkeiten jenseits des Pazifiks und Atlantiks greifen die großen multinationalen Konzerne diesen finanziell ohnehin gut ausgestatteten Dachverbänden jetzt erst recht unter die Arme. Sie können sich damit die wirksamsten Formen der Werbung leisten: mit einer ausgefeilten PR-Kampagne im Internet, mit vorgetäuschten Basisaktivitäten und mit Lobbyisten, die in Washington zugunsten der TPP- und TTIP-Abkommen Druck ausüben.

## Die Fairtrade-Bewegung

Im Gegensatz zur Freihandels-Lobby hat die US-amerikanische Fairtrade-Bewegung klare Wertvorstellungen. Sie orientiert sich an Demokratie und Menschenrechten, an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer, am Imperativ der Nachhaltigkeit und am Recht aller auf Trinkwasser und Daseinsvorsorge. Diese Werte stehen den kurzfristigen Zielsetzungen der internationalen Konzernelite diametral

Diesen Apparat unterstützen Wirtschaftswissenschaftler, die immer noch altmodische und wirklichkeitsfremde Theorien wie den „komparativen Wettbewerbsvorteil“ vertreten, sowie Denkfabriken wie die Heritage Foundation, das American Enterprise Institute und das Peterson Institute. Ihre Argumentationsweise lautet: Wirtschaftliche Globalisierung ist zwangsläufig und gut für alle, solange ein internationales System sie reguliert. Die Regierungen müssen überall Zölle und Zollschranken beseitigen, um in ihren Ländern für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu sorgen. Multinationale Investoren müssen auf ein internationales gültiges Regelsystem sowie auf private Schiedsgremien setzen können. Nur so können sie ihre Profite vor den unberechenbaren Zugriffen ausländischer Regierungen schützen. Die globale Wirtschaft funktioniert besser, wenn der Verbraucher- und Umweltschutz auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner vereinheitlicht wird. Die Legislative sollte ihre konstitutionellen Befugnisse im Bereich Handelspolitik der Exekutive übertragen, damit andere Länder ohne die Sorge, dass Handelsverträge vom Kongress wieder rückgängig gemacht werden könnten, zu den Verhandlungsrunden kommen. Schließlich ist „Freihandel“, um Clausewitz zu bemühen, Geopolitik mit anderen Mitteln. Die USA brauchen das TPP, um Chinas Einfluss zu begrenzen, und das TTIP, um Russland zu marginalisieren.

Fast-Track-Verfahrens in diesem Kontext völlig unangemessen wäre.

Zwei Argumentationsstränge sind in jeder Gruppierung zu finden, die sich TPP und TTIP widersetzt: Das erste Argument bezieht sich darauf, wie Verhandlungen über Handelspolitik geführt werden, und dabei besonders, dass sie hinter verschlossenen Türen stattfinden. Das zweite lehnt die ISDS, also die privaten Schiedsgerichte, ab. Vor diesen können ausländische Investoren gegen Regierungen Klage einreichen. Sie sind seit dem NAFTA-Abkommen und dem darin enthaltenen Abschnitt 11 Teil der US-amerikanischen Freihandelsabkommen.<sup>6</sup>

Die Opposition gegen die Geheimhaltungsmaßnahmen, die die TPP- und TTIP-Verhandlungen begleiten, umfasst das gesamte politische Spektrum und schließt sprichwörtlich jede Interessengruppe mit ein, die die US-Handelspolitik reformieren will. Das beginnt beim US-Kongress selbst, wo Republikaner und Demokraten größere Transparenz einfordern. Petitionen der größten Bündnisse fordern Transparenz und die Veröffentlichung der Verhandlungstexte. Allen Sonderinteressen und widersprüchlichen Hintergründen zum Trotz wollen sie alle näher am Verhandlungstisch sitzen.

ISDS ist das Kürzel für eine weitere Sorge, die die meisten Unterzeichner von Briefen an den Kongress, an den USTR Michael Froman und seinen Chef Barack Obama umtreibt. Unter eine internationale, gegen ISDS gerichtete Unterschriftenliste, die im vergangenen Dezember bei Froman und Karel De Gucht, dem ehemaligen EU-Kommissar für Handel, einging, setzten 43 Organisationen aus den USA ihre Namen – weniger als diejenigen aus Europa, aber wenigstens aus dem gesamten ameri-

kanischen Fairtrade-Spektrum. Was ISDS ist, spricht sich langsam in der Zivilgesellschaft herum. Es wird als NAFTA-Relikt angesehen, wirkungslos beim Lösen von Handelskonflikten, die eigentlich zugunsten der Bevölkerung oder zur Stärkung demokratischer Werte ausgehen müssten. Außerdem gilt ISDS inzwischen als Schmierentheater: Konzernkläger und -bürokraten verschaffen ihren Auftraggebern im Richtergewand lukrative Handelsverträge und klagen bei gewählten Volksvertretern Forderungen ein.

Die wichtigste Fairtrade-Organisation, die Petitionen verfasst, Proteste auf die Beine stellt und die Fairtrade-Bewegung wie eine Klammer zusammenhält, ist die *Citizens Trade Campaign* (CTC). Sie ist ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Gruppierungen aus der Umwelt- und Verbraucherschutzbewegung, bäuerlichen Kleinbetrieben, religiös orientierten und weiteren Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die sich für ökonomische Gerechtigkeit und Menschenrechte im internationalen Handel einsetzen.<sup>7</sup> Als Dachverband kooperiert CTC mit allen fortschrittlichen Kräften, einschließlich der gegen den Freihandel auftretenden Basis der Demokratischen Partei. Am überzeugendsten tritt sie mit ihrer politischen Arbeit auf der Graswurzelebene auf. Seit über 20 Jahren unterstützt CTC auf der bundesstaatlichen Ebene Bündnisse für fairen Handel. Dabei hat sie Taktiken entwickelt, mit denen politische Entscheidungsträger und Meinungsmacher in ausgewählten Einzelbezirken und in regionalen Medien beeinflusst werden sollen. Als Bill Clinton mit Unterstützung der Freihandels-Lobby ein Fast-Track-Gesetz zur Ausweitung des NAFTA-Abkommens durchbringen wollte, war der Hauptgrund für das Scheitern im Kongress der Druck, den CTC-Partner zuvor in den Einzelstaaten aufgebaut hatten. Als die WTO 1999 ihr Erscheinen in Seattle ankündigte, sorgte das

<sup>6</sup> Für weitere Hintergrundinformationen, vgl. John Hilary, *The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): A charter for deregulation, an attack on jobs, an end to democracy*, Rosa Luxemburg Stiftung, Brussels Office, [www.rosalux-europa.info](http://www.rosalux-europa.info).

<sup>7</sup> Hinweis: Der Autor arbeitete von 1995 bis 2003 als „field director“ für das CTC.

 Gewerkschaften	 Soziale Gerechtigkeit	 Bauern und Viehzüchter	 Umweltschützer	 Verbraucher
American Federation of Teachers	Americans for Democratic Action	Institute for Agriculture and Trade Policy	Friends of the Earth U.S.	Public Citizen Global Trade Watch
Communications Workers of America	TransAfrica Forum	National Family Farm Coalition	Sierra Club	
International Association of Machinists and Aerospace Workers	United Methodist Church, General Board of Church and Society	National Farmers Union		
International Brotherhood of Boilermakers	United Students Against Sweatshops			
International Brotherhood of Electrical Workers	Witness for Peace			
International Brotherhood of Teamsters				
International Union of Bricklayers and Allied Craftworkers				
International Union of Painters and Allied Trades				
UNITE HERE				
United Brotherhood of Carpenters				
United Mineworkers of America				
United Steelworkers				

Grafik 2: Führende US-Gruppen gegen TTIP und TPP

Fairtrade-Bündnis des Bundesstaates Washington für die berühmten WTO-Begrüßungsdemonstrationen. Und als die TPP-Verhandlungsdelegationen vor zwei Jahren zu ihrer zwölften Runde in Dallas zusammenkamen, war es die Fairtrade-Kampagne in Texas, die sie mit bunten, aber kämpferischen Demonstrationen empfing und für sorgfältige Berichterstattung in den Medien sorgte.<sup>8</sup> Dank der CTC wird die Anti-Globalisierungsbewegung heute über das verheerende TTIP aufgeklärt und zu Aktionen bewegt.

In mancher Hinsicht ähnelt CTC der stärker werdenden Anti-TTIP-Bewegung in Europa. Vielleicht wächst sie in naher Zukunft sogar zu ihrem Vorbild heran. In gewissem Ausmaß liefert das *Seattle To Brussels Network* (S2B)

bereits jetzt Koordinations- und Ressourcenarbeit für die EU-Länder, in denen sich eine Opposition zusammenfindet. Es wäre wichtig, so viele betroffene Netzwerke wie möglich einzubeziehen und diese zusammenzuführen, um letztendlich eine gemeinsame Strategie zur langfristigen Zusammenarbeit zu entwickeln – mit Veranstaltungen und Konferenzschaltungen wie auch auf E-Mail-Listen und in sozialen Medien. Wenn beispielsweise Gewerkschafter und Umweltschützer auf der örtlichen Ebene zusammen Lobbyarbeit betreiben, um einen Kongressabgeordneten zu überzeugen, oder wenn sie Redakteure einer lokalen Tageszeitung bearbeiten, dann nimmt die große Anti-globalisierungsbewegung, von der alle reden, auf einmal konkret vor Ort Gestalt an. Dann macht sie in einem Mikrokosmos genau das, was soziale Bewegungen eigentlich tun sollten: den Mächtigen die Wahrheit ins Gesicht sagen und die Bedingungen für einen fundamentalen sozialen Wandel vorbereiten.

Mehrere große Fairtrade-Organisationen sind nicht Teil des CTC, etwa AFL-CIO oder Move-On. Auch einige kleinere Dachverbände sind formal nicht eingegliedert. Trotzdem beteiligen sich manche ihrer örtlichen Zweigstellen an Bündnis-Aktivitäten und setzen ihre Unterschriften unter CTC-Erklärungen. Der jüngste Brief an den Vorsitzenden des Finanzausschusses im Washingtoner Senat ist ein herausragendes Beispiel für die Arbeit des CTC. Gefordert wird darin eine fortschrittliche Al-

<sup>8</sup> United States Trade Representative, „Trans-Pacific Partnership Talks Advance in Texas“, 2012.

ternative zu Fast Track. Fast 600 unterschiedlichste Gruppen unterzeichneten den Brief, angefangen von der *Alliance for Democracy* im Namen ihrer Regionalverbände über den Ableger der seit 1915 bestehenden *Women's League for Peace and Freedom* (WILPF) im Bundesstaat Maine und die *Young Active Labor Leaders* der ALF-CIO in Texas.<sup>9</sup>

Es gibt so viele Fäden im Gewebe der Fairtrade-Bewegung, dass man sie kaum zählen kann. In Washington unterstützen sie fortschrittlich denkende Intellektuelle. Die Basisbewegung kann sich dort auf politische Analysen aus der Gewerkschaftsbewegung, auf Think-Tanks wie *Economic Policy Institute*, *Center for Economic and Policy Research* und *Harrison Institute* stützen. Hilfestellung für Aktionen leisten das *Institute for Policy Studies* und *Public Citizen* sowie Verbündete wie die *Blue-Green Alliance* und die *Alliance for American Manufacturing*.

## Umweltschützer

Am 21. September 2014 zogen anlässlich des UN-Klimagipfels mehr als 400 000 Aktivisten und Umweltschützer mit einer Demonstration durch New York. Sie forderten weltweite Maßnahmen gegen den Klimawandel. Mit dabei war die Leiterin des *Responsible Trade Program* des *Sierra Club*, Ilana Solomon. Im Zug zurück nach Washington schrieb sie einen Artikel mit der Überschrift „Why the Climate Movement Cannot Ignore Trade“.<sup>10</sup> Ungefähr zeitgleich veröffentlichte Naomi Klein ihr Buch „Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima“.<sup>11</sup> Darin arbeitet sie heraus, dass der Klimawandel unter Umständen einen positiven Wandel und eine bessere Regulierung von Konzernen mit sich bringen könnte, beispielsweise durch

die Rücknahme und Neuverhandlung umweltschädlicher Handelsverträge. Beide Autorinnen halten es für unabdingbar, die Debatte über Freihandel zu gewinnen und Fast Track, TPP und TTIP zu besiegen, um den Planeten zu retten.

Die Umweltschutzbewegung hat die griffigste Kritik an den gegenwärtig stattfindenden Handelsgesprächen formuliert. Die Gefahr, die die kapitalistische Globalisierung für den gesamten Planeten darstellt, markiert das dringlichste Problem. Deshalb wird dieses Thema an dieser Stelle zuerst behandelt.

Der *Sierra Club*, ein Bündnispartner im CTC, ist die größte amerikanische Umweltschutzorganisation und der bekannteste Gegner der NAFTA-Erweiterung. Ilana Solomon und ihre Mitarbeiter des *Responsible Trade Program* haben die volle Unterstützung der Mitglieder und Führung der gesamten Organisation, etwa ihres Vorsitzenden Michael Brune. Er arbeitete früher im *Rainforest Action Network* und ist seit langem als Kritiker der kapitalistischen Globalisierung bekannt. Gleich dahinter folgt als scharfe Kritikerin, wenn auch mit weniger Mitgliedern, das US-Büro der *Friends of the Earth International*. Die Organisation war Mitgründerin der CTC und beherbergte danach deren erstes Büro. Die beiden größten Umweltschutzorganisationen der Vereinigten Staaten sowie 34 weitere kleinere Vereinigungen forderten den USTR Michael Froman im vergangenen Sommer in einem Brief auf, die im TTIP vorgesehenen automatischen Lizenzen für Öl- und Gasexporte abzulehnen. Der Ölsand-Gewinnung müsse Einhalt geboten werden. Die internationale Umweltschutzbewegung will in der Energiepolitik mitreden, sie demokratischer und transparenter machen. Genau darum geht es Gruppierungen in den USA, wenn sie auf nationaler Ebene, aber auch direkt vor Ort, gegen TTIP mobil machen. Dazu gehören beispielsweise das *Athens County Fracking Action Network* und die *Western Organization of Resource Councils*.

9 Vgl. den Brief „600 groups to Senator Wyden“, 10. September 2014.

10 Ilana Solomon, Why the Climate Movement Cannot Ignore Trade, Huffington Post, 24. September 2014.

11 Naomi Klein [i.E.], Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt am Main: S. Fischer, 2015.

Der Freihandel treibt uns mit Blick auf den Klimawandel auf dem Planeten an die „Abgründe des Vertretbaren“. In dieser Hinsicht ist die Forderung, TTIP dürfe die energiepolitischen Befugnisse der Regierungen nicht beschneiden und die Ausdehnung fossiler Brennstoffexporte nicht zulassen, ziemlich vernünftig. Moderne Handelsvereinbarungen des 21. Jahrhunderts sollten deshalb Zölle auf Importe aus Ländern, die ihre Emissionen nicht reduziert haben, ausdrücklich zulassen – unabhängig von den altmodischen WTO-Regelungen.

Der zunehmend militante Kampf der amerikanischen Umweltschutzbewegung gegen die unhaltbare kapitalistische Globalisierung und gegen schlechte Handelsverträge begann vor 20 Jahren mit einer schmachvollen Kapitulation. Denn sieben Mainstream-Organisationen knickten ein und akzeptieren Bill Clintons Nebenvereinbarungen im NAFTA-Vertrag. Konkret waren dies: *World Wildlife Fund (WWF)*, *National Wildlife Foundation*, *Natural Resources Defense Council*, *Defenders of Wildlife*, *Environmental Defense Fund*, *Conservation International* und *Audobon Society*.

Seitdem haben die Folgeschäden uneingeschränkten Handels und unbegrenzter Investitionen für die Umwelt drastisch zugenommen. Jetzt, da der Klimawandel „alles ändert“, um mit Naomi Klein zu sprechen, betrachten die Umweltorganisationen in Washington die NAFTA-Erweiterung zunehmend skeptisch. So fordern die Umweltschützer beispielsweise, die TPP- und TTIP-Verträge müssten unbedingt sieben wichtige Verpflichtungen aus den „Multilateralen Umweltabkommen“ beinhalten. Dieselben Kontrollmechanismen, die bereits kommerzielle Interessen schützen, sollen auch die Einhaltung dieser Verpflichtungen gewährleisten:

1. Meeresschutzabkommen „Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter“ von 1972;

2. Thunfisch-Schutzabkommen „Inter-American Tropical Tuna Convention“ (IATTC) von 1949;
3. Ramsar-Konvention über Feuchtgebiete von 1971;
4. Antarktik-Abkommen „Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources“ (CCAMLR) von 1982;
5. Vereinbarung zum Schutz von Walen „International Whaling Commission“ (IWC) von 1946;
6. Artenschutz-Konvention „Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora“ (CITES) von 1973;
7. Ozon-Vereinbarung „Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer“ von 1989.

Den Grundsatz, Handelsverträge sollten sich an den Multilateralen Umweltabkommen orientieren, haben dreizehn große Umweltorganisationen, darunter der Sierra Club sowie das Natural Resources Defense Council und der WWF, in einem Brief jüngst ausgeführt. Zu den Forderungen zählen:

- ⇒ Der TPP-Absatz zur Umwelt muss rechts-wirksam und Teil des Streitschlichtungs-mechanismus der Mitgliedstaaten sein.
- ⇒ Der TPP-Absatz zur Umwelt muss die Mit-gliedstaaten zur Aufrechterhaltung und Verschärfung ihrer eigenen Umweltge-setze sowie zur Umsetzung multilateraler Umweltvereinbarungen verpflichten.
- ⇒ TPP muss jenen Handel verbieten, der ge-gen Gesetze zum Schutz wildlebender Ar-ten verstößt. Es muss die Artenschutz-Kon-vention CITES von 1973 ausdrücklich un-terstützen.
- ⇒ TPP muss wirkungsvolle und bindende Vor-schriften enthalten, damit Subventionen, die Überkapazitäten und Überfischung her-vorbringen, unterbunden werden können.

Immer mehr Umweltschutzorganisationen – davon manche jung und radikal, andere alt und

Teil des Mainstreams – vernetzen sich (auch mit ihren Verbündeten in Europa), um das Unternehmerprinzip der Profitmaximierung ein für allemal wichtigeren Grundsätzen zu unterwerfen: fundamentalen ökologischen Werten, Umweltschutzverträgen und den Imperativen der Nachhaltigkeit.

Der Klimawandel hat bei den Umweltgruppen, die sich in die Handelsabkommen einzumischen versuchen, zwar Vorrang. Doch es gibt weitere Themen von großer Bedeutung. 24 Umweltschutzorganisationen drängen die Regierung beispielsweise, Subventionen im Fischereiwesen zu streichen, die das Überfischen fördern, und den Handel mit Produkten aus illegalem Fischfang, Wilderei und illegal geschlagenem Holz zu unterbinden. Außerdem sollen unsere Handelspartner zur Verbesserung und Befolgung ihrer Umweltgesetze angehalten werden. Im Bereich Tierschutz will die Organisation *Global Justice for Animals and the Environment*, ein Projekt des *Wetlands Activism Collective*, die Vereinigung der Schweinezuchtindustrie *National Pork Producers Council* davon abhalten, bestehende Tierschutznormen im TPP zu untergraben.

Die Umweltschützer kritisieren wie viele andere auch das ISDS scharf. Einen internationalen Aufruf, das ISDS aus den TTIP-Verhandlungen zu streichen, unterzeichneten im Dezember 2013 zahlreiche kleine und mittlere Umweltnetzwerke, etwa *Earthjustice*, das *Pesticide Action Network*, *Oil Change International*, *Women's Voices for the Earth* und einige große Mainstream-Gruppierungen wie NRDC, WWF und der mächtige Sierra Club.<sup>12</sup>

## Verbraucher

Immer mehr Güter und Dienstleistungen, die wir in Anspruch nehmen, werden durch weit-

reichende multilaterale Handelsverträge reguliert oder dereguliert. Diese Tendenz ist Teil der Strategie vieler Konzerne, die staatlichen und demokratisch legitimierten Zulassungs- und Aufsichtsbehörden zu umgehen. So enthalten manche Verträge beispielsweise nicht-tarifäre („behind the border“) Regelungen, die den Verbraucherschutz international auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduzieren. Nahrungsmittel und Wasser, Gesundheitsfürsorge und Arzneimittel, personenbezogene Daten und Privatsphäre – in sämtlichen Bereichen werden die Bedürfnisse der Verbraucher den kommerziellen Interessen der multinationalen Konzerne untergeordnet. Allerdings hat dies eine lautstarke Opposition hervorgerufen – darunter viele Organisationen, die sich nun zum ersten Mal mit dem Thema Freihandel beschäftigen.

Die *Coalition for Sensible Safeguards* (CSS) ist ein neues Anti-TTIP-Bündnis von Verbrauchergruppen und Organisationen, die sich für *good governance* einsetzen, also eine verantwortungsbewusste Regierungsführung. Seinem Selbstverständnis nach will das Bündnis „die Öffentlichkeit darüber aufklären, dass solide Regulierungsmechanismen mit wirtschaftlichem Wohlstand sehr gut vereinbar sind – und tatsächlich seine Voraussetzung darstellen.“<sup>13</sup> Unter dem Ko-Vorsitz von *Center for Effective Government* und *Public Citizen* beteiligen sich am CSS einige robuste Fairtrade-Organisationen wie AFL-CIO, EPI und die *Union of Concerned Scientists*, aber auch die progressive Public-Policy-Vereinigung *Demos*, die sich zum ersten Mal mit Globalisierung auseinandersetzt.

Diese Verbraucherorganisationen und ihre Ad-hoc-Bündnisse denken auch über den Tellerand hinaus. Sie kümmern sich um weit mehr als spezifische Regulierungsprobleme und gehen mit ihrer Kritik weiter. *Food and Water*

<sup>12</sup> Vgl. den Brief von 200 Gruppierungen an den US-Handelsbeauftragten Michael Froman und Commissioner Karen de Gucht vom 16. Dezember 2013.

<sup>13</sup> „Trans-Atlantic Free Trade Agreement (TAFTA),“ Coalition for Sensible Safeguards.

Watch (FWW) erklärt beispielsweise, dass TPP und TTIP

*zu noch mehr Importen von Gas und Nahrungsmitteln führen, unsere staatlichen Gesetze schwächen und die Natur vermarkten würden. Die Abkommen bedeuten eine Machtergreifung der Konzerne und ihrer Investoren. Sie würden sich über Gesetze hinwegsetzen, die die Umwelt schützen, Konzerninteressen in Schach halten, für Nahrungsmittelsicherheit sorgen, nachhaltige Energie fördern und riskante Praktiken wie das Fracking begrenzen.<sup>14</sup>*

Bemerkenswert an dieser Kritik ist ihre Reichweite. Denn sie geht über das simple „Beobachten“ – den Begriff trägt die Organisation im Namen – von Wasser und Nahrungsmitteln hinaus und beinhaltet grundsätzliche Themen wie Umwelt, Demokratie und die Macht der Großkonzerne. FWW ist das Paradebeispiel für eine Gruppierung, die sich strategisch und durchdacht in die Debatte zur Handelspolitik mit einer Vielzahl von Ansätzen einmischt. Darüber hinaus formuliert sie ihre Argumente so, dass Meinungsführer und Entscheidungsträger ihnen schwer aus dem Weg gehen können. Die Art und Weise, wie solch eine Kritik in der Öffentlichkeit dann politisch diskutiert werden kann, hat strategische Auswirkungen, wie das neue FWW-Papier zeigt.<sup>15</sup> Der Bericht beschreibt die „importierte Wels-Katastrophe“ und den „drastischen Anstieg von Shrimp-Einfuhren“ und schließt so: „Die Auswirkungen auf die Lebensmittelsicherheit, auf unabhängigen Fischfang und das Fischzuchtgeschäft ist nur ein hässliches Horrorkapitel in dem Buch „Freihandel“. Aber bei Fast Track darf der Kongress über Handelsabkommen wie TPP nur mit Ja oder Nein abstimmen.“

Wie auch in Europa spielt die Lebensmittelsicherheit gentechnisch veränderter Nahrungs-

mittel (GVOs) eine wachsende Rolle bei der Kritik an TTIP. Im September 2014 äußerten sich mehr als 70 Organisationen aus dem Agrar- und Nahrungsmittelbereich in einem wichtigen Brief an den USTR sehr besorgt über „Vorschläge an TTIP, die erhoffte Kennzeichnung ‚ohne Gentechnik hergestellt‘ zunichte zu machen.“ Der Brief führt weiter aus, dass solche Vorstöße die Befugnisse der Regierung stark eingeschränkten, gentechnisch hergestellte Produkte als solche auszuweisen, den Verbrauchern weiter gehende Produktinformationen zu liefern und durch TTIP verursachten Gesundheitsrisiken vorzubeugen.<sup>16</sup>

Neu an dieser Breitseite gegen TTIP und an der Warnung vor verwässerten Paragraphen ist das auffällig breite Spektrum an Gruppierungen, die sich „dem Kampf gegen jeden Handelsvertrag, der die GVO-Kennzeichnung zu verhindern sucht“, verschrieben haben. Den wichtigsten Umwelt-, Kirchen- und Kleinbauer-Netzwerken neu angeschlossen hat sich eine Reihe von Gruppierungen, die am Kampf gegen NAFTA oder gegen die herrschende Handelspolitik bisher nicht beteiligt waren, von der *AllergyKids Foundation* und der *Alliance for Natural Health U.S.A.* bis zum *Council for Responsible Genetics*, *Food Democracy Now* und *Moms Across America*.

„Frisches Blut“ haben die TPP- und TTIP-Verhandlungen der Opposition auch im Bereich der Gesundheitspolitik zugeführt, vor allem was bezahlbare Arzneimittel betrifft. So sahen sich beispielsweise im April 2014 mehrere Interessengruppen, die sich eigentlich für den Erhalt der staatlichen Krankenversicherung Medicare und die Belange von Senioren stark machen, zu einem Statement veranlasst, in dem sie sich zum ersten Mal auch öffentlich über die Reform der Handelspolitik äußern. Dazu gehörte die mächtige und mitgliederstar-

<sup>14</sup> Food and Water Watch „TPP and TTIP“, [www.foodandwaterwatch.org](http://www.foodandwaterwatch.org).

<sup>15</sup> Vgl. den Bericht von Food and Water Watch mit dem Titel „Trans-Pacific Partnership: Fast Track to a Gusher of Imported Fish“, [www.foodandwaterwatch.org](http://www.foodandwaterwatch.org).

<sup>16</sup> 70 Consumer Farm and Food Groups and Businesses to U.S. Trade Representative Michael Froman, Washington, D.C., 30. September 2014.

ke Rentnerlobby *American Association of Retired Persons* (AARP). In dem an den USTR gerichteten Brief wurde TPP kritisiert, weil „in dessen Anhang über Arzneimittel den Belangen der Pharmaindustrie zu viel Gewicht beigemessen und den Interessen der Verbraucher nicht genug Sorge getragen wird, beispielsweise der Bezahlbarkeit, Sicherheit, Wirksamkeit und Kosteneffizienz verschreibungspflichtiger Medizin.“ Vor allem ging es in dem Schreiben um die Preisregelung ambulanter Behandlungen („Medicare Part B“).

Der Zugang zu lebensrettenden Generika ist eines der großen Themen im TPP wie auch in der Handelsreformdebatte allgemein, in den Vereinigten Staaten und vor allem in Ländern, in denen sich die staatliche Gesundheitspolitik an den hohen Arzneimittelpreisen bricht. Die *American Medical Students Association* (AMSA) schreibt dazu in einer Analyse des veröffentlichten TPP-Geheimtextes über Vorschriften zum geistigen Eigentum: „Klar ist, dass die USA den erweiterten Patent- und Datenschutz zugunsten großer Pharmakonzerne durchsetzen wollen“. AMSA ist außerdem besorgt darüber, dass TPP die Initiativen und Zielsetzungen anderer Regierungen behindern könnte, etwa „gegen Rauchen und Alkoholmissbrauch vorzugehen“. Das sieht auch die *Campaign for Tobacco Free Kids* so, die Tabak aus allen Handelsvereinbarungen ausnehmen will. In einem Brief von 2012, den die wichtigsten amerikanischen Herz- und Lungenvereinigungen sowie das *American Cancer Network* unterzeichneten, stellt sie sich offen gegen jedes Freihandelsabkommen, das Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Tabakkonsums aufweicht.

Auch die Organisation *Breast Cancer Action* stellte die rhetorische Frage: „Weshalb befasst sich eine Gesundheitsvereinigung für Frauen mit einem Handelsvertrag?“ und verurteilte im Januar 2014 das TTP in den drei Bereichen chemische Gifte, Fracking und Arzneimittelzugang. Auf ihrer Webseite heißt es weiter, „und

um dem noch eins draufzugeben, werden Einzelheiten des TPP hinter verschlossenen Türen verhandelt, ohne dass sich die Öffentlichkeit in irgendeiner Form dazu äußern kann!“<sup>17</sup>

Verbraucherschützer weisen auch in punkto Privatsphäre und digitaler Rechtsschutz auf Gefahren hin, die TPP und TTIP darstellen. Besonders zeitnah nach den Enthüllungen durch Edward Snowden ist die NSA-Überwachung von Gesprächen unserer EU-Verbündeten und die Weitergabe dieser Abhörprotokolle an den USTR Froman. Privatsphäre und digitaler Rechtsschutz waren Themen in einem anderen umstrittenen Handelsvertrag, dem multilateralen „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“ (ACTA).

Die Datenschützer, die gegen ACTA auftreten, wehren sich gegen ein TTIP mit nur unzureichendem Datenschutz oder allzu scharfen Regelungen gegen Urheberrechtsverletzungen. Während ACTA unbeliebt war und 2012 scheiterte, kritisieren Datenschützer das ISDS. Damit werde mit Hilfe des TTIP „das Schlimmste von ACTA möglich, ohne dass es genau aufgeführt werden muss“.<sup>18</sup> Staaten können damit von Konzernen verklagt werden, wenn letztere der Ansicht sind, sie hätten wegen milder Strafen für unbefugtes Teilen von Dokumenten Profiteinbußen hinnehmen müssen. Zugleich ist denkbar, dass Regierungen aus der Furcht heraus, verklagt zu werden, vorbeugend Gesetze erlassen, die die Datenschutzrechte einschränken.<sup>19</sup> Bei Datenschutz-Organisationen herrscht die einhellige Meinung vor, dass ISDS schädliche Einflüsse auf Innovation und digitale Freiheiten hat. Diese Gruppierungen wenden sich gegen allzu ausführliche und komplizierte Urheberrechtsbestimmungen, gegen die Kriminalisierung geringfügiger Vergehen ge-

17 Annie Sartor, „What is this „TPP“ I Keep Hearing About?“, *Breast Cancer Action*, 31. Januar 2014.

18 Glyn Moddy, „TTIP Update II“, *computerworlduk.com*, 14. August 2013.

19 Ebd.

gen das Copyright und dagegen, Internet-Provider zur Speicherung von Benutzerdaten zu zwingen.

Die *Electronic Frontier Foundation* (EFF) steht beim Kampf gegen die Verletzung der Privatsphäre, gegen allzu scharfe Urheberrechtsklagen und gegen die Behinderung von Innovationen im Online-Bereich an vorderster Stelle. Von Haus aus wehrt sie sich gegen die Geheimnistuerei bei den Verhandlungen über das Recht auf geistiges Eigentum. Mit den vorgeschlagenen Absätzen des TTIP und TPP kann Online-Innovation im Keim erstickt werden.<sup>20</sup> Denn dadurch können Internet-Anbieter zur Überwachung ihrer Kunden und zur Blockierung bestimmter Webseiten gezwungen werden. Internet-Anbieter müssten außerdem Nutzern, die der Verletzung des Urheberrechts beschuldigt werden, den Zugang verweigern und Privatdaten ihrer Kunden preisgeben.<sup>21</sup> Laut EFF „sind Haftungsbeschränkungen für Internet-Zwischenhändler nötig, sowohl für die Förderung von Innovationen und Investitionen in die Internettechnologie als auch für den Schutz der bürgerlichen Grundrechte, einschließlich des Rechts auf die Privatsphäre und die Meinungsfreiheit.“<sup>22</sup>

Eine weitere Gruppierung, die sich für den Datenschutz und gegen TPP und TTIP stark macht, ist die Organisation *Public Knowledge*. Sie lehnt vor allem die TPP-Kapitel ab, in denen es um geistiges Eigentum, Dienstleistungen und elektronischen Handel geht, da sie sich auf den Informationsfluss, Haftungsbeschränkungen für Provider, Internet-Freiheiten und Menschenrechte online negativ auswirken könnten.<sup>23</sup> *Public Knowledge* zufolge sollte der

Kongress die Befugnis, das US-Urheberrecht zu verändern, unbedingt beibehalten, falls Urheberrechtsmaßnahmen im TTIP ausgeführt werden müssen.<sup>24</sup>

*Knowledge Ecology international* (KEI) ist eine Organisation, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Sie nennt die Geheimverhandlungen „orwellianisch“.<sup>25</sup> Ihre Hauptsorge besteht allerdings darin, dass die Verbraucher Schaden nehmen könnten, wenn eine bestimmte Regelung in die Vereinbarung aufgenommen wird. Sie besagt, dass ein Wiederverkaufspreis dann bestimmt werden kann, wenn die Schadenshöhe aus Verstößen gegen das Patent- und Urheberrecht und gegen das Recht an geistigem Eigentum feststeht.<sup>26</sup>

Der *Trans Atlantic Consumer Dialogue* (TACD) ist ein Zusammenschluss von Verbraucherschutzorganisationen aus den Vereinigten Staaten und der EU. Das Bündnis wird TTIP wahrscheinlich deshalb ablehnen, weil Abschnitte an die Öffentlichkeit gelangten, in denen die beabsichtigte Verwässerung des Verbraucherschutzes deutlich wird. Das TACD-Bündnis empfiehlt den USA und der EU deshalb neun Maßnahmen zum Datenschutz. Dazu zählen:

*Verbraucher schützen, damit sie frei und ohne Behinderung Inhalte senden und empfangen, Dienstleistungen in Anspruch nehmen und Anwendungen laden können; die USA zur Verabschiedung einer Datenschutz-Charta veranlassen; sich auf Richtlinien zum Datenschutz jenseits der TTIP-Verhandlungen einigen; verhindern, dass Firmen den Datenschutz durch die Weitergabe von Daten an Server in einem anderen rechtlichen Zuständigkeitsbereich umgehen.*<sup>27</sup>

20 Maira Sutton, Transatlantic civil society declaration: leave copyright and patent provisions out of TAFTA, *Electronic Frontier Foundation*, März 2013.

21 Carolina Rossini und Maira Sutton, The Impact of Trade Agreements on Innovation, Freedom of Expression and Privacy: Internet Service Provider's Safe Harbors and Liability, *Electronic Frontier Foundation*, November 2012.

22 Ebd., S. 7.

23 Vgl. Rashni Randgnath, Request for Comments Con-

cerning the Proposed Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement, Washington, DC: *Public Knowledge*.

24 „The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)“, *Public Knowledge*.

25 Claire Cassedy, „KEI Notes & Comments at TTIP Seventh Round of Negotiations at Stakeholder Event“, *Knowledge Ecology International*, Oktober 2014.

26 Ebd.

27 „Resolution on Data Flows in the TransAtlantic Trade and Investment Partnership“, *Trans Atlantic Consumer*

Das TACD spricht sich entschieden dagegen aus, dass Informationsflüsse in den TTIP-Verhandlungen Diskussionsgegenstand sind. Verbraucherrechte und Datenschutz betreffende Themen sollten über demokratische Prozesse statt in Geheimgesprächen, in denen Vertreter der Öffentlichkeit keinen Zugang haben, geregelt werden.

Einige dieser geheimen Deals wurden von Wikileaks enthüllt. Dessen Chefredakteur Julian Assange sagte dazu: „Falls das TPP wirklich zum Abschluss gebracht werden sollte, dann wird das Freihandels-Regime die Rechte des Einzelnen und die Meinungsfreiheit mit Füßen treten und die intellektuellen und kreativen Gemeingüter einfach auslöschen.“<sup>28</sup>

## Landwirte und Viehzüchter

Dieser Bericht lässt die Handelsvereinigungen der großen Rohstoffhersteller und der Nahrungsmittelindustrie außer Acht, auch wenn sie in der Handelsdebatte derzeit eine wichtige Rolle spielen. Denn von den Lobbyisten der Viehzüchter und der Milchverarbeitenden Industrie oder den PR-Leuten der Reis- und Getreidekonzerne äußert sich niemand kritisch zum Thema Freihandel. Die legitimen Erwartungen und Hoffnungen, wie sie in kleine Bauernbetrieben gehegt werden, oder die Solidarität mit den Arbeitnehmern auf den Feldern und in den Fabrikhallen findet in dem gängigen Freihandelsmodell der globalen Wirtschaft keinen Platz. Im Gegenteil: Die Führungsetagen dieser großen Industrievereinigungen würden TPP und TTIP begrüßen, auch wenn die Verhandlungsergebnisse nicht ideal wären. Aber solange die Abkommen die Märkte anderer Länder – elf im TPP und 28 europäische Staaten im TTIP – für unsere Exporte öffnen, indem dort der Verbraucherschutz durchlöchert wird,

*Dialogue*, Oktober 2013.

<sup>28</sup> Eric Bradner, „WikiLeaks Exposes IP Chapter of Pacific Rim Deal“, *Politico*, 1. November 2013.

sind die Vertreter dieser Branchen klare Befürworter des Freihandels. Sie gehören der Business Coalition for the TPP an und haben gegen Fast Track nichts einzuwenden.

Um den Unmut zu verstehen, den ländliche Gemeinden in den Vereinigten Staaten gegen das NAFTA- und WTO-Modell hegen, und um ihre Opposition gegen die Handelsgespräche zu begreifen, konzentrieren wir uns auf drei größere Bauernvereinigungen, die Teil des CTC sind: die 1902 gegründete *National Farmers Union* (NFU), die Bauern und Viehzüchter in allen US-Bundesstaaten vertritt; die 1986 gegründete *National Family Farm Coalition* (NFFC) mit ihren 24 Mitgliedsgruppen in 32 Bundesstaaten; und das *Institute for Agricultural and Trade Policy* (IATP), der wichtigste fortschrittliche Think-Tank an der Schnittstelle zwischen Globalisierungskritik und Landwirtschaft.

Die drei Organisationen unterhalten enge Beziehungen zu vergleichbaren Netzwerken bei unseren Handelspartnern und in vielen Entwicklungsländern. Sie sind im US-Kongress und in Basisbewegungen vor Ort vertreten. Was sie aber am meisten verbindet, ist eine tiefgründige und detaillierte Kritik an der kapitalistischen Globalisierung und ihren Auswirkungen: auf kleine Landwirtschaftsbetriebe, Gemeinden auf dem Land, Verbraucherschutz, Nahrungsmittelpreise, Biodiversität und Umwelt. So stellten Vertreter der NFU auf ihrer 112. Konferenz im März 2014 in New Mexico ihre sorgfältig durchdachte politische Linie vor. An einer Stelle (in Paragraph 3) „International Trade, Cooperation and the Family Farm“ werden 22 „Ziele und Regelungen der US-Handelspolitik“ und zehn detaillierte Verhandlungsziele aufgeführt. So heißt es beispielsweise:

*Wir sind gegen die Fast-Track-Verhandlungsbefugnis des Präsidenten. Wir sind gegen das Fast-Track-System, wonach Handelsvereinbarungen in der Art ratifiziert werden, dass das gesamte Paket ohne Veränderungen in Gänze innerhalb von 60 Tagen vom Kongress entweder befürwortet oder*

*abgelehnt werden muss. Da die Landwirtschaft nur ein Teil der Verhandlungen ist, kann Fast Track die Sorgen der Landwirtschaft ganz einfach so zur Seite wischen.<sup>29</sup>*

Die NFU ist ein Vorbild für die Fairtrade-Bewegung insgesamt. Denn sie übt nicht nur eine wohldurchdachte Kritik an Fast Track; sie zeichnet sich auch durch ihr demokratisches Erbe und ihre Basisstruktur aus. Politische Positionen werden auf lokaler Ebene von unten her entwickelt. In ähnlicher Weise hat sich die NFFC einer „von den Farmern ausgehenden Strategie verschrieben, die gegen eine NAFTA-Erweiterung im Gewande der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP) vorgeht.“

Auf der Fairtrade-Landkarte finden sich weitere landwirtschaftlicher Basis-Netzwerke, beispielsweise die *Women Involved in Farm Economics* (WIFE). Der Zusammenschluss fördert seit 38 Jahren nachhaltige Wirtschaftlichkeit in der Landwirtschaft. Ein weiteres Beispiel ist der *Ranchers-Cattlemen Action Legal Fund* (R-CALF), der sich der Rentabilität und Sichtbarkeit der US-Rinderzucht in der Öffentlichkeit verschrieben hat. Diese beiden und zahlreiche andere Organisationen auf dem Land setzen sich dafür ein, den Tierbestand und die Landwirtschaft in den USA vor schlechten Handelsverträgen zu schützen.

## Arbeitnehmer

Während dieser Bericht in den Druck geht, ist in Washington die U-Bahnstation Capitol South, die direkt am Repräsentantenhaus liegt, mit riesigen Werbeplakaten gegen Fast Track verziert. Finanziert wurden die Plakatwände von dem Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO und einigen seiner Einzelgewerkschaften, beispielsweise den *Auto Workers*, *Machinists*, *Steelworkers*, *Communication Workers*

und *AFSCME*.<sup>30</sup> Diese Plakatwände sollen den Kongress daran erinnern, dass Arbeitsplätze verloren gegangen, Löhne gesunken und Sozialleistungen eingeschränkt worden sind, und dass amerikanische Arbeitnehmer unter dem Freihandel und der wirtschaftlichen Globalisierung zu leiden haben. Sie sollen die politischen Entscheidungsträger, ihre Berater und Büroangestellten auch daran erinnern, dass die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die lauteste Stimme für fairen Handel ist.

In Nordamerika gäbe es ohne organisierte Gewerkschaften mit Sicherheit keine Fairtrade-Bewegung. Unsere Gewerkschaften innerhalb wie außerhalb der AFL-CIO sind nicht nur die wichtigsten Gründer von Anti-Konzern-Bündnissen. Sie stellen auch die meisten Teilnehmer – was ihre Führung wie die Mitgliedschaft angeht – bei Demonstrationen, Protesten und der Lobbyarbeit an der Basis, wenn gegen den Freihandel mobilisiert wird. Außerdem sind die Gewerkschaften mit Hilfe progressiver Wirtschaftswissenschaftler und Denkfabriken eine wichtige Quelle für Analysen und Kritik an NAFTA, dessen Nachfolgeabkommen und deren Auswirkungen auf die Normalbevölkerung und die US- Wirtschaft.

Die *International Brotherhood of Teamsters* (IBT) ist in der weltweiten Fairtrade-Bewegung wohl die bekannteste amerikanische Gewerkschaft. Als Mitglied des CTC entrichtet sie dort seit dem Kampf gegen NAFTA vor über 20 Jahren einen Jahresmitgliedsbeitrag. Die Teamsters stecken mehr Ressourcen (Mitarbeiter, Gelder und politische Einflussnahme) als jede andere international operierende Gewerkschaft in den Kampf gegen den Freihandel. An ihrer Spitze ist ihr Vorsitzender James Hoffa von Präsident Barack Obama in zwei hochrangige Ausschüsse berufen worden, die Beratungsfunktionen ausüben: in das *Advisory Committee on Trade Policy and Negotiations* (ACTPN) und, zusammen mit

<sup>29</sup> National Farmers Union, *Policy of the National Farmers Union* (Santa Fe, 2014), S. 45.

<sup>30</sup> Jeff Hauser, *AFL-CIO Ad Tells Congress: Listen to Workers, Say No to Fast Track*, *AFL-CIO*, 27. Oktober 2014.

Gewerkschaft	LAC-Mitglied	Mitglieder
SEIU	Mary Kay Henry	2,000,000
AFT*	Randi Weingarten	1,600,000
IBT*	James P. Hoffa	1,400,000
UFCW	Joseph T. Hansen	1,300,000
USW*	Leo Gerard	1,200,000
IBEW*	Ed Hill	750,000
IAM*	Thomas Buffenbarger	700,000
AFA-CWA*	noch offen	700,000
UAW	Dennis Williams	390,000
IUE	Jim Clark	150,000
AFM	Raymond Hair	90,000
IFPTE	Gregory Junemann	80,000
ALPA	Lee Moak	51,000
UMWA*	Cecil E. Roberts, Jr.	35,000
UFW	Arturo Rodriguez	10,278

\* CTC-Mitglied

Grafik 3: Mitglieder des Labor Advisory Committee (LAC)

weiteren Gewerkschaftsvorsitzenden, in das *Labor Advisory Committee* (LAC, siehe Grafik 3).

Ursprünglich opponierten die Teamsters gegen den Anhang A im NAFTA-Abkommen. Ihm zufolge hätte die Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko für den LKW-Verkehr in beiden Richtungen geöffnet werden müssen. Aber die für ihre Unfallträchtigkeit und Umweltverschmutzung bekannten mexikanischen LKWs hätten damit Zugang zum gesamten amerikanischen Highway-System erhalten. Die umstrittene NAFTA-Regelung hätte, wenn sie umgesetzt worden wäre, die Sicherheit auf US-amerikanischen Straßen beeinträchtigt und darüber hinaus die Arbeitsplätze der Teamsters bedroht. Die Gewerkschaft und Verbraucherschutzgruppierungen schlossen sich deshalb zu einem Bündnis zusammen und überzeugten den Kongress wie auch die Regierung, jenen Anhang A im NAFTA-Vertrag nicht umzusetzen.

Da die Teamsters die wichtigste amerikanische Gewerkschaft im Transportwesen sind, haben sie zur Reform in der Handelspolitik einiges zu sagen. Sie vertreten LKW-Fahrer, Hafentarbeiter, Eisenbahnangestellte, alle Fahrer der Firma UPS sowie Beschäftigte in der Milchverarbeitungs- und Nahrungsmittelindustrie. Die Teamsters-Abteilung, die für Bundesgesetzge-

bung und Regulierung verantwortlich ist, sowie ihre politischen Berater und Lobbyisten sind für die Strategieentwicklung bei laufenden Verhandlungen über Handelspolitik und für Aktivitäten im Kongress zuständig. Von dort gehen die Berichte direkt an die Gewerkschaftsführung. Weitere Teamsters-Abteilungen unterstützen die Fairtrade-Strategie mit aller Macht nach außen hin, auch außerhalb Washingtons, etwa die Kommunikations- und Medienabteilung oder die Feldabteilung. Erstere kümmert sich um Präsenz in den sozialen Medien und verfasst Beiträge in traditionelleren Medien. Letztere übernimmt die Mitgliederbetreuung und hält den Kontakt mit ihren Untergewerkschaften sowie mit der Feldabteilung des CTC.

Andere Gewerkschaften, die in der Fairtrade-Bewegung aktiv sind, repräsentieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Branchen mit einer vergleichbaren Anfälligkeit für Freihandelsabkommen. Dabei handelt es sich überwiegend um Bereiche, die vom Export von Waren und Dienstleistungen abhängen.

Die Gewerkschaft *United Auto Workers* (UAW) ist die Vertretung von Arbeitern, die Autos und Lastwagen für den heimischen Gebrauch und für den Export herstellen. Sie hat ein direktes Interesse am Zugang zu Märkten, der von unseren bi- und multilateralen Handelsverträgen geregelt wird. Die UAW und ihre Bosse von den „Big Three“, den drei großen US-Autoherstellern, gerieten ihrem eigenen Empfinden nach gleichermaßen unter die Räder des KORUS, das sie eigentlich unterstützt hatten. Nun ist das Handelsdefizit zwischen den USA und Korea zwei Jahre nach dem Inkrafttreten von KORUS hinsichtlich Autos, LKWs und Ersatzteilen so groß wie nie zuvor. Heute nimmt die UAW in der Fairtrade-Bewegung eine Vorreiterrolle ein, obwohl sie gegenwärtig im Vorstand der CTC nicht vertreten ist. Sie spricht sich, um ein Beispiel zu nennen, äußerst lautstark gegen jegliche Verhandlungen à la Fast Track oder TPP aus, wenn darin etwa währungspolitische

Ziele nicht deutlich werden oder wenn es um fairen Zugang zu Automobilmärkten geht.

Die *International Association of Machinists and Aerospace Workers* (IAMAW) ist die gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitern, die den US-Exportschlager Flugzeuge herstellen. Trotzdem scheut sich die Gewerkschaft nicht, lautstarken Widerspruch gegen Handelsverträge anzumelden, die es mit dem Arbeitsrecht nicht ernst nehmen. Insbesondere geht es der IAMAW um die Einhaltung der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), denn sie sind nach derselben Maßgabe rechtswirksam wie die Handelsanktionen, die kommerzielle Interessen schützen sollen. Die *United Steelworkers of America* (USW), deren Mitgliedschaft wegen des Imports von billigerem ausländischem Stahl seit Jahren schrumpft, hat eine schlaue Gegenstrategie entwickelt. Einerseits ist die Gewerkschaft in den politischen Korridoren Washingtons stark vertreten. Andererseits hat sie von ihrem Hauptquartier in Pittsburgh aus ein schnell reagierendes Netzwerk auf die Beine gestellt. Wie die Teamsters unterstützen IAMAW und USW das „field organizing“ der CTC Jahr für Jahr – und das regelmäßig seit dem ersten großen handelspolitischen Kampf gegen NAFTA.

Je länger die TPP-Gespräche andauern und TTIP Gestalt anzunehmen beginnt, desto mehr sprechen sich auch andere Gewerkschaften gegen die NAFTA-Erweiterung aus. Darüber hinaus nehmen sie an den Politik- und Strategieberatungen des CTC teil. Dazu gehören die *Communications Workers of America* (CWA), die *International Brotherhood of Electrical Workers* (IBEW), die *United Brotherhood of Carpenters* (UBC) und die *Union of Needletrades and Industrial Textile Employees* (UNITE).

Die meisten dieser Industriegewerkschaften fanden sich in den frühen 1990er Jahren zusammen, um unter dem Dach der CTC das NAFTA-Abkommen zu bekämpfen. Seitdem werden

immer größere Handelsverträge abgeschlossen, die sich noch auf wirtschaftliche Sektoren weit über das herstellende Gewerbe hinaus erstrecken. Aber gleichzeitig stoßen auch mehr Gewerkschaften aus den Dienstleistungssektoren zur Freihandels-Bewegung dazu. So nahmen beispielsweise einige US-Ableger von *Public Services International*, etwa AFSCME und die *American Federation of Teachers*, im September 2014 am denkwürdigen „Trade-in-Services“-Gipfel im Teamsters-Hauptquartier teil. Zusammen mit der mächtigen *Service Employees International Union* (SEIU, die im LAC vertreten ist) wehren sie sich gegen Handelsverträge, die die öffentlichen Dienste zu privatisieren und zu deregulieren drohen. Sie setzen sich für die Rechte von Arbeitern und Angestellten im Gesundheitswesen, in Bildung und Transportwesen, in der Versorgungs- sowie der finanziellen Dienstleistungsindustrie ein.

Dies ist in der TTIP-Debatte von besonders großer Bedeutung. Denn der Verlust von Arbeitsplätzen war in allen handelspolitischen Diskussionen seit NAFTA ein herausragendes Thema. Verhandlungen zwischen den USA und der EU führen allerdings aus anderen Gründen zu Kontroversen, etwa wegen der mangelnden Kohärenz in Regulierungsfragen, wegen Problemen bei der Verbrauchersicherheit oder dem ISDS. Die Auslagerung von Industriearbeitsplätzen ist im TTIP keine große Gefahr. Und was das Arbeits- und Gewerkschaftsrecht angeht – ein weiteres Thema für US-Gewerkschaften –, ist die EU den Vereinigten Staaten zweifellos voraus. Allerdings sind Gewerkschaften der öffentlichen Dienste auf beiden Seiten des Atlantik in Sorge über die neoliberalen Vorstöße, die die *Coalition of Service Industries* (CSI) unternimmt und die sich im TTIP widerspiegeln. Denn sie werden die Situation am Arbeitsplatz, die Lohnentwicklung und die Betriebs- und Sozialleistungen prägen.

Die Industriegewerkschaften sind für das CTC und für die Fairtrade-Bemühungen über die

Jahre hin zur wichtigsten Quelle geworden. Jetzt mischen sich auch die Dienstleistungsgewerkschaften mehr ein. Ganz allgemein ist die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit Organisationen aus anderen Bereichen, vor allem Umweltschützern, weiter ausgeprägt als zuvor. Dies zeigt sich in dem wachsenden Anti-TTIP-Bündnis.

## **Kirchliche Opposition**

Im September 2012, am Rande der 17. Verhandlungsrunde der TPP in Leesburg im Bundesstaat Virginia, trugen Chloe Schwabe und andere Mitglieder der *Interfaith Working Group on Trade and Investment* ihre Bedenken gegen die TTP vor. Inspiriert vom Neuen Testament, Matthäus 21:12-13, in dem Jesus den Tisch der Geldwechsler umstürzt, erläuterte Schwabe in ihrem Bericht zu einer anderen Kirchengruppe, der *Missionary Society of St. Columban* aus Nebraska: „Die Gemeinde von St. Columban und ich befürchten, dass TPP nur noch mehr zu einer Handelspolitik beiträgt, die arme Menschen global noch mehr verarmen lässt und die weitere Gesundheitskatastrophen und Umweltschäden nach sich ziehen wird.“

Anstatt sich in handelspolitische Einzelheiten zu verlieren, liegt die Fairtrade-Weltsicht der kirchlichen Oppositionsgruppen in ihrer ökumenischen Forderung nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit begründet. Die Sensibilität für den Wildwuchs von Globalisierung und die Machenschaften multinationaler Konzerne zieht sich durch ein weites religiöses Spektrum.

Der Vatikan ist dabei recht deutlich. Seine Bedenken brachte im Dezember 2013 bei der WTO-Ministerkonferenz in Bali Erzbischof Tomasi zum Ausdruck, als er die Opposition der katholischen Kirche gegen Verhandlungen wie dem TPP hervorhob. Er prangerte den Schaden für Entwicklungsländer durch die ihnen

erteilten Auflagen an, besonders die Monopolisierung lebensrettender Arzneimittel und die uneingeschränkten Rechte für ausländische Investoren, welche in diesen Ländern eine nachhaltige und alle einschließende Entwicklung behinderten.<sup>31</sup> Kürzlich kritisierte der Präsident des *Pontifical Council for Justice and Peace*, Kardinal Peter Turkson, das Freihandels-Modell, weil es Steuerhinterziehung großer Firmen begünstigt, während diese rücksichtslos Arbeitnehmer entlassen und die Rechte von Mensch und Natur mit Füßen träten.<sup>32</sup>

Die in Washington beheimatete *Interfaith Working Group on Trade and Investment* (IWG) repräsentiert religiös motivierte Gruppierungen, die Debatten über internationale Handels- und Investitionspolitik mitzugestalten versuchen. Die IWG argumentiert, dass Handelsvereinbarungen „eine ernsthafte moralische Herausforderung darstellen, weil sie schwerwiegende Auswirkungen auf die Menschen in der ganzen Welt und auf die Schöpfung haben.“<sup>33</sup>

Eine weitere katholische Fairtrade-Organisation sind die *Sisters of Mercy*. Bei TPP-Runden in den USA steuern sie regelmäßig eine 14-Punkte-Grafik bei, die ihre Einwände gegen TPP zusammenfasst, geordnet nach sozialen Konsequenzen in Bezug auf Immigration, Gewaltfreiheit, Antirassismus, Frauen und Umwelt.

Eine tief verwurzelte Fairtrade-Tradition existiert bei protestantischen Kritikern des NAFTA-Modells, wie den United Methodists. Seinerzeit war es die innerstädtische Methodist Church in Seattle, welche 1999 die einwöchige Gegenveranstaltung abhielt, während der Protest

31 Vgl. die Erklärung von Erzbischof Silvano M. Tomasi, Apostolic Nuncio, Permanent Observer of the Holy See, vor den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf, „9th Session of the Ministerial Conference of the World Trade Organization“, *Holy See Mission Geneva*, Dezember 2013.

32 Vgl. Kardinal Peter Turkson, „Why Trade Matters to Everyone“, [www.news.va](http://www.news.va), 29. September 2014.

33 „Interfaith Working Group on Trade and Investment (IWG)“, *Center of Concern*, 13. April 2014.

gegen die WTO-Konferenz im Kongresszentrum aus den Fugen geriet. Währenddessen hat die Presbyterian Mission eine weitreichende Agenda für handelspolitische Reformen vorgelegt. Im März 2014 veröffentlichte die United Church of Christ, die fast eine Millionen Mitglieder hat, ihre Anklage gegen TPP. Unter dem englischen Titel „A Trade Agreement that is Destructive of God’s People and Planet“, zu Deutsch „Ein Handelsabkommen mit zerstörerischer Wirkung auf Gottes Menschen und Planeten“ kam sie zu dem Ergebnis, dass „Handelsabkommen für Unternehmen zu einem Instrument geworden sind, mit dem sie die Regeln der US- und der globalen Wirtschaft festlegen. Der Kongress muss sich deshalb der Fast-Track-Gesetzgebung widersetzen und gegen die Transatlantische Partnerschaft stimmen.“<sup>34</sup>

Die säkular humanistische Unitarian Universalist Association, eine Vereinigung diverser theologischer Strömungen und 600000 Mitgliedern, und auch die Quaker-Organisation American Friends Service Committee kritisieren TTP.

Um vom Geheiligten zum Profanen zu kommen: Das Sultanat von Brunei erklärte kürzlich das islamische Gesetz zum einzig gültigen Regelwerk. Da das Scharia-Gesetz Homosexualität streng untersagt, steht die Homosexuellen-Community in dem Sultanat vor großen rechtlichen und existenziellen Problemen. Deshalb schickten die Organisationen *Pride at Work*, die *Human Rights Campaign*, die *National Gay and Lesbian Task Force* und das *National Center for Transgender Equality* einen Brief an den Präsidenten mit der Forderung, die USA sollten Brunei entweder dazu bewegen, sein neues Strafrecht zu widerrufen, oder das Land aus dem TPP-Abkommen gänzlich ausschließen.

Als die Organisationen in Los Angeles gegen Brunei und TPP demonstrierten, schlossen sich

die Chefs derjenigen Gewerkschaften an, deren Mitglieder nach dem Aufkauf des Beverly Hills Hotels durch den Sultan von Brunei ihre Arbeitsplätze verloren hatten, weil er die Betriebsgewerkschaft einfach auflöste. Wie sich zeigt, ist es für die unter Beschuss geratenen Verteidiger des Freihandels und der TPP entweder das eine oder das andere. Und wenn es das andere nicht ist, dann ist es das nächste. Dagegen werden die branchenübergreifenden Fairtrade-Netzwerke Schritt für Schritt größer und erfahrener, wenn sie die Opposition gegen den antidemokratischen Overkill und die kurzsichtige Herrschaft der Konzerne weiter ausbauen.

## Populisten

Während der „Schlacht um Seattle“ wies ich in einem Interview mit *Radio Nation* darauf hin, dass der entscheidende Unterschied heutzutage nicht mehr zwischen den beiden Parteien besteht, sondern zwischen Vertretern von Konzerninteressen und Populisten. Die historische Konfrontation wird sich zwischen der Zivilgesellschaft und der Logik der Konzerne abspielen.

Vertreter von Wirtschafts- und Konzerninteressen und Populisten gibt es bei den Demokraten und bei den Republikanern sowie in den Gremien beider Parteien im Kongress. Die oben beschriebene breite öffentliche Opposition zu TPP, TTIP und Fast Track basiert zwar hauptsächlich auf progressiven Gruppierungen und Koalitionen, aber es gibt auch einige relativ relevante Kritiker aus dem sozial konservativen und rechtslibertären Lager. Diese Minderheitenmeinung innerhalb der Republikaner könnte im 114. Kongress der Vereinigten Staaten ab Januar 2015 möglicherweise überproportional an Bedeutung gewinnen und damit auch die anstehenden Debatten über Handelspolitik beeinflussen.

Was den fairen Handel betrifft, so können sich Linke und Rechte leicht auf die Bewahrung des

<sup>34</sup> Vgl. „The Trans-Pacific Partnership: A Trade Agreement that is Destructive of God’s People and Planet“ der *United Church of Christ*.

„Buy-American“-Protektionismus einigen. Allen liegt die Einbehaltung amerikanischer Steuergelder am Herzen. Handelsliberalisierungen, die das US-Staatswesen dazu verpflichteten, Einkäufe auch außerhalb der USA zu tätigen, werden abgelehnt. Einig ist man sich auch in Bezug auf die oftmals empörenden Menschenrechtsverletzungen in einigen der TPP-Länder. So warnt beispielsweise Phyllis Schlafly vom Eagle Forum („seit 1972 führend in der Pro-Familien-Bewegung“) die Angehörigen ihrer eigenen politischen Sippe davor, Präsident Obama bei der Annahme der TPP zu unterstützen:

*Einige der elf TPP-Länder, darunter Brunei, Malaysia und Vietnam, sind für die Verfolgung ihrer Christen berüchtigt. In der Verfassung von Brunei heißt es beispielsweise: „Die Religion von Brunei Darussalam soll die muslimische Religion sein“, was bedeutet, dass das islamische Gesetz über allen anderen Gesetzen und Religionen walten soll [...]. Anhänger des christlichen Glaubens und ihr Klerus sehen sich in Brunei, Malaysia und Vietnam permanenten Schikanen ausgesetzt. Spione wohnen fast jeder Versammlung von Christen bei.<sup>35</sup>*

Eine weitere, parteiübergreifend geteilte Sorge richtet sich gegen den Anschlag auf die Souveränität, welche von den ISDS-Bestimmungen in den beiden Freihandelsabkommen ausgehen. Aus progressiver Sicht handelt es sich bei Souveränität um Selbstbestimmung und lokale demokratische Kontrolle. Auch sollten die unteren Regierungseinheiten innerhalb eines Nationalstaats Schutz genießen vor etwaigen aus geheimen Handelsabkommen abgeleiteten Forderungen ausländischer privatwirtschaftlicher Akteure. Für Konservative hingegen sind die unter ISDS eingeführten Streitschlichtungsorgane ein Affront gegen das amerikanische Rechtssystem, den Artikel 3 der US-Verfassung und die Rechtswissenschaft des Landes. ISDS errichte geheime Sondertribunale für ausländische Investoren, um Forderungen gegen amerikanische Steuerzahler durchzusetzen. Für Schlafly und andere *Tea-Party*-Populisten

<sup>35</sup> Phyllis Schlafly, Boehner Republicans Heading for Big Mistake, *Eagle Forum*, September 2013.

ist Fast Track darüber hinaus auch verfassungswidrig.

Am äußersten, rechtsextremen Rand stößt man dann noch auf Anti-Freihandels-Gruppen wie die *John Birch Society* (JBS) aus Wisconsin. Gegründet 1958 im Kampf gegen die kommunistische Bedrohung, tritt diese Vereinigung für „weniger Staat, mehr Verantwortung und – mit Gottes Hilfe – eine bessere Welt“ ein. Mittlerweile hat die JBS globale Verschwörungstheorien um die TPP-TTIP-Dimension erweitert und ihr Director of Missions warnt:

*Während man uns erzählt, dass uns diese Freihandelsabkommen Wohlstand bringen werden, so werden sie in der Realität von Establishment-Eliten für die Errichtung eines ökonomisch und politisch integrierten Blocks von Nationalstaaten eingesetzt – eine neue Weltordnung. Deswegen sind Handelsübereinkommen wie TPP und TTIP eine direkte Bedrohung unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer persönlichen Freiheiten [...]. Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ist ein Versuch der europäischen und amerikanischen Eliten, die Vereinigten Staaten mit der EU zu verschmelzen. TTP ist das Bestreben, die USA ökonomisch und politisch mit elf Anrainerstaaten des Pazifiks zu integrieren.<sup>36</sup>*

Parallel verlaufende Linien werden sich niemals kreuzen, und es bleibt abzuwarten, inwieweit das ideologische Spektrum keine Linie, sondern einen Kreis um Globalisierungsfragen ziehen wird. Naomi Klein erinnert daran, dass man im gegenwärtigen Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne „sichergehen muss, genügend Menschen auf seiner Seite zu haben, um die Kräfteverhältnisse zu verändern

<sup>36</sup> Larry Greenly, The Free Trade Deception Almost No One Understands, The John Birch Society, 24. September 2014. Die JBS-Führung besteht aus 26 alten, weißen Männern und Frau Deborah Pauly. Sie ist Politikerin im kalifornischen Bezirk Orange County und eine „beliebte Tea-Party-Sprecherin“. Dieser Flügel der Anti-Freihandel-Bewegung ist demographisch anders strukturiert als die progressive Fairtrade-Bewegung. Auch ist ihre Weltanschauung ganz anders. Die paranoiden Trittbrettfahrer der Rechten wettern gegen „big government“ und zielen deshalb an den wahren Feinden der Demokratie, den multinationalen Konzernen, vorbei.

und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Aber wahrhaft populistische Bewegungen hatten immer von rechts und von links Zulauf.“<sup>37</sup>

Es gibt momentan Fairtrade-Netzwerke, die in der Tat fraktionsübergreifend funktionieren. Meinungsunterschiede bezüglich anderer Themen werden ausgeblendet zugunsten der konzentrierten Anstrengungen, TPP, TTIP und Fast

Track abzuwenden, zu reparieren oder zu ersetzen. Ein Beispiel hierfür ist die *Coalition for a Prosperous America*, in dessen Leitung freihandelskritische Gewerkschafter, Unternehmer, Bauern, Viehzüchter und konservative Ökonomen vertreten sind. Es sind vor allem die nationalen Debatten über arbeitende Familien in der globalen Ökonomie, in denen die Idee einer Handelsreform über die Parteigrenzen hinweggeht.

## Schlussfolgerungen

Am 25. September 1998 um 17 Uhr lehnte das US-Repräsentantenhaus den Gesetzesvorschlag HR-261, den „Reciprocal Trade Agreement Authorities Act“, auch als Fast Track bekannt, ab. Der demokratische Präsident Bill Clinton und der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich hatten vehement für die Übertragung konstitutioneller Autoritäten geworben, um so den Weg zu ebnen für eine amerikanischen Freihandelszone, die „Free Trade Area of the Americas“ (FTAA). Unterstützt wurden die beiden dabei von Freihandels-Lobbygruppen der Washingtoner K-Street und der Wall Street. Trotzdem schlugen sich 71 Republikaner auf die Seite von 171 Demokraten und dem unabhängigen Sozialisten Bernie Sanders und stimmten mit Nein. Clinton bekam seinen Fast Track nicht, und die FTAA musste zu den Akten gelegt werden.<sup>37</sup>

Nun zur gegenwärtigen Debatte um Freihandel: Auch diesmal zieht ein demokratischer Präsident in seiner zweiten Amtsperiode, Barack Obama, mit einem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, John Boehner, an einem Strang. Sie brauchen Fast Track, um die Verhandlungen über zwei weitere umstrittene multilaterale Handelsvereinbarungen, nämlich

TPP und TTIP, schnell zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Die republikanische Freihandelslobby der Großkonzerne – was immer auch sonst sie von Barack Obama hält – möchte, dass er das Repräsentantenhaus unter Druck setzt, damit es ihm Fast Track gewährt. Aber ob sich genug Republikaner im Kongress finden, die Obama dann zu einer Mehrheit für die Fast-Track-Befugnis verhelfen, ist noch nicht ausgemacht.

## Argumentationsstränge und Verteidigungslinien

Die amerikanische Fairtrade-Bewegung verfügt über drei Argumentationsstränge gegen eine Ausweitung NAFTAs. Der direkte und beste Weg, TTP und TTIP zu besiegen, wäre, sie schon während der Verhandlungen zum Entgleisen zu bringen. Zusammen mit internationalen Partnern können CTC und Verbündete die Abkommen sabotieren und dafür sorgen, dass sie schon vor der Unterzeichnung „so tot wie Doha“ (die seit Seattle gescheiterte WTO-Verhandlungsrunde) sind.

Es liegt auf der Hand, dass Koordination in diesem Zusammenhang eine gewaltige Herausforderung darstellt. Die verbündeten Or-

<sup>37</sup> Naomi Klein [i.E.], Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt am Main: S. Fischer, 2015.

ganisationen müssen sich länderübergreifend organisieren, um die Verhandlungen in ihrem Sinne zu beeinflussen und die jeweiligen nationalen Verhandlungsführer in ihren Hauptstädten davon zu überzeugen, keine Kompromisse bei hochbrisanten Fragen wie den oben erwähnten ISDS einzugehen.

Ein weiteres Argument der Freihandelsgegner bezieht sich auf die Geheimniskrämerei, mit der sich TPP und TTIP umgeben. Im Geheimen ausgehandelte Verträge, die Firmenprofite über gesellschaftliches Wohl stellen, werden bei Anblick des Tageslichts wie Vampire ihren letzten Atemzug von sich geben. Diese „Dracula-Strategie“ hat sich schon bei der Offenlegung von MAI und den Freihandelsabkommen wie FTAA der 1990er Jahre bewährt.

All diese Debatten über die Sabotage und das Absterben der Verhandlungen verdecken jedoch den Blick auf einen weiteren wichtigen Aspekt der Verhandlungsphase. Und diese ist die einzige Verteidigungslinie, von der aus sich ein politischer Gegenangriff organisieren lässt, um Abkommen zum Schutz von Investoreninteressen in Vorlagen für eine multilaterale, nachhaltige Zukunft mit fairem Handel zu verwandeln. Jetzt besteht die letzte Chance, TTP und TTIP entweder zu reparieren oder zu entsorgen. Wenn wir also unsere Rolle als verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen wollen, dann sollten wir uns für einen perfekten Pakt einsetzen. Die Verhandlungsdelegationen kennen unsere Forderungen bereits.

Auch wenn wir das ganze Drama der Vertragsentwürfe noch nicht kennen, so weisen alle Anzeichen darauf hin, dass sie sich eng an das Freihandels-Modell NAFTA angelehnt haben. Die transpazifischen Verhandlungen stottern weiter im Geheimen vor sich hin, während die offiziellen Regierungsverlautbarungen gebetsmühlenartig den unmittelbar bevorstehenden erfolgreichen Vertragsabschluss vorhersagen. Währenddessen plagt sich die vergleichbar jun-

ge transatlantische Freihandelsinitiative bereits mit existenziellen Identitätskrisen: Was ist die Handels- und Investitionsagenda der neuen Europäischen Kommission, und wo liegen die Prioritäten des Europäischen Parlaments? Sind die USA tatsächlich gewillt, eine weitreichende Freihandelsvereinbarung mit Europa abzuschließen, oder ist TTIP nur der Nebenschauplatz, während die geopolitische Musik auf der asiatischen Hauptbühne spielt? Wird ISDS gegen den breiten transatlantischen zivilgesellschaftlichen Widerstand mit einbezogen?

Die zweite Verteidigungslinie ist der Kampf im Kapitol um Fast Track. Zu seiner Verhinderung sind 218 Stimmen im Repräsentantenhaus nötig. Die meisten davon müssten von Demokraten kommen. Mit Nein könnten auch einige Republikaner stimmen, die, aus welchem Grund auch immer, dem Präsidenten keine weiteren konstitutionellen Autoritäten während seiner letzten zwei Jahre zugestehen möchten. Unsere beste argumentative Waffe ist im Brief von Teamster-Präsident James Hoffa an Repräsentantenhaus und Senat nachzulesen:

*Bedenken wir die Größe und Komplexität dieser neuartigen, vom US-Handelsbeauftragten verhandelten Abkommen; bedenken wir auch ihre mangelnde Transparenz gegenüber dem Kongress; und bedenken wir nicht zuletzt den Verlust an Arbeitsplätze, den wir zu verzeichnen haben, seit NAFTA vor 20 Jahren mit Hilfe von Fast Track verabschiedet wurde. Aus all diesen Gründen ist es schlichtweg unangemessen, dass der Kongress auch nur einen Deut seiner von der Verfassung gewährten Autorität über die Teilnahme der USA an der Weltwirtschaft abgibt.*

Der Freihandels-Kampf für Fast Track wird vermutlich im Frühjahr 2015 auf Hochtouren kommen, während der ersten Sitzung des 114. Kongresses. Jeder Tag Verzögerung ist ein Sieg für die Gegner der konzerndominierten Globalisierung. Es bleibt anzuwarten, inwieweit die oben beschriebenen nationalen und lokalen Gruppen und Bündnisse einen Sieg davontragen werden wie gegen Bill Clinton, oder ob sie

die Abstimmung knapp verlieren, wie im Jahr 2002, als George W. Bush Fast Track wollte.

Falls aber Präsident Obama Fast Track bekommt, falls die Verhandlungen abgeschlossen und die Verträge unterzeichnet sein sollten, dann bleibt als letzter Ausweg im Kampf für fairen Handel nur noch die Ratifizierungsphase von TPP and TTIP. Wenn die Geschichte der Handelspolitik allerdings einen Fingerzeig bietet, dann dürften Regierung und Freihandels-Lobby diese letzte Schlacht gewinnen. Deswegen ist der Kampf um die Ratifizierung unsere letzte Gelegenheit, das Schlimmste zu verhindern.

## **Auswirkungen der Kongresswahlen 2014**

Aus den Kongresswahlen am 4. November 2014 ging eine Volksvertretung hervor, die für die Freihandelswünsche der Konzerneliten noch zugänglicher und den Fairtrade-Anliegen der Zivilgesellschaft noch feindlicher gesinnt sein wird als der Kongress davor. Es ergaben sich Mehrheiten der Republikaner gegenüber den Demokraten im Repräsentantenhaus von 247 zu 188 und im Senat von 54 zu 46, wobei zwei unabhängige Senatoren normalerweise mit den Demokraten stimmen. Auch wenn dieses Resultat der Kongresswahlen für die progressiven Demokraten und ihre Vorstellungen nicht besonders gut ausfiel, so ändert das Ergebnis nicht unbedingt etwas an den Chancen für die Fast-Track-Gesetzgebung. Aufgrund der generell konzern-freundlicheren Atmosphäre im Senat war die Annahme von Fast Track dort schon immer garantiert – auch unter einer demokratischen Mehrheit.

Die wahre Auseinandersetzung um fairen Handel wird sich im Repräsentantenhaus abspielen. Sobald Fast Track das Kapitol in Washington erreicht hat und die Auseinandersetzungen um TPP und TTIP dort richtig losgehen, gibt es

nur noch einen Weg, um den Freihandels-Eliten der multinationalen Konzerne und der Investment-Branche in die Parade zu fahren: Jeder einzelne Teilnehmer eines jeden einzelnen Fairtrade-Netzwerks müsste dann landesweit über alle Partei- und Glaubensgrenzen hinweg und über das ganze Anti-Freihandels-Spektrum hinaus seine Kongressabgeordnete kontaktieren. Dem CTC, seinen Verbündeten und Partnern wird dies enormen Auftrieb geben. Poetischer gesprochen: Aktivistinnen und Aktivisten, wachst über euch selbst hinaus, die Sterne sind zum Greifen nah!

Wie die progressive Linke schon früher demonstrierte, gibt es keine Alternative zu einer wirklich basisnahen, rechenschaftspflichtigen Organisationsstruktur, die die Netzwerke des Widerstands unterstützt. Dieser Bericht versteht sich als ein kurzes Kompendium für das wachsende US-Bündnis gegen eine von Konzerninteressen dominierte Globalisierung. Gleichzeitig würdigt dieses Papier auch die Breite und Tiefe der Fairtrade-Mobilisierung, die als Ganze mehr ist als die Summe ihrer Bestandteile, und die durch unsere Kritik und Verbindlichkeit weiter an Stärke zunimmt.

## **Wie weiter?**

Abschließend möchte ich ein paar Schlussfolgerungen skizzieren, die der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung für die Zukunft weiterhelfen könnten. Die erste bezieht sich auf den strategischen Gebrauch indirekter und direkter Aktionen. Die amerikanische Fairtrade-Bewegung hat beim Kampf gegen TPP und TTIP indirekte Aktionen angewandt. Viele Kampagnen konzentrieren sich auf Lobby-Arbeit: Sie fordern bestimmte Abgeordnete im US-Parlament, das von der Verfassung her die Macht zur Reform der Handelspolitik hat, dazu auf, gegen jegliche Gesetzesinitiative zu stimmen, die die Macht des Kongresses einschränken würde – etwa Fast Track. Zudem sollen sie

sich jeglichen Handelsverträgen widersetzen, die die globale Verteilungsungleichheit, Menschenrechtsverletzungen, Risiken für Verbraucher, Umweltschäden und Klimawandel verschärfen würden. Solche indirekten Aktionen sind wirksam und notwendig, aber sie reichen nicht aus, um die globale Herrschaft der Konzerne zu brechen.

Die taktisch angewandten direkten Aktionen, wie sie beispielsweise beim „Battle of Seattle“ zum Tragen kamen, gehen darüber hinaus. Wenn wir unsere Körper einsetzen und dabei Festnahmen riskieren, dann versuchen wir direkt und unmissverständlich, undemokratisches Verhalten zu verhindern – wie beispielsweise Geheimverhandlungen zu Freihandelsabkommen. Es gibt viele kreative Formen der direkten Aktion, die entweder unmittelbar gegen eine bestimmte Politik gerichtet sind oder aber eine positive Alternative für alle aufzeigen. Über die Verhinderung eines bestimmten Ereignisses hinaus besteht ihr strategischer Wert darin, die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen und so öffentliche Debatten zu beeinflussen.

Im Augenblick ist die europäische Protestbewegung gegen TTIP besser organisiert als die US-amerikanische. Dies betrifft die Zahl der Beteiligten, die Mobilisierungsfähigkeit und Schlagkraft, mit der politische Aussagen getroffen und Taktiken angewandt werden. Ich muss dabei an eine Anti-TTIP-Demonstration in Brüssel im März 2014 vor dem Gebäude der EU-Kommission denken. Die Fenster des Gebäudes wurden mit Milch übergossen. Dagegen war es im Dezember 2014 bei Verhandlungen in Washington, das die Hauptstadt eines Handelsriesen, aber auch der Standort so vieler Fairtrade-Bündnisse ist, ein echtes Problem, selbst eine nur kleine Protestdemonstration auf die Beine zu stellen.

Dennoch gibt es Beispiele für erfolgreiche Proteste, an die die US-Fairtrade-Bewegung

anknüpfen kann: 1999 in Seattle gegen die WTO, ein Jahr später in Washington gegen den Internationalen Währungsfonds und 2003 gegen die FTAA-Runde in Miami. Diese Proteste erregten Aufmerksamkeit bei den Medien, bei Multiplikatoren und politischen Entscheidungsträgern. Denn ganz unterschiedliche Gruppierungen mit unterschiedlichen Organisationsansätzen nahmen daran teil. Es handelte sich um eine „Bewegung der Bewegungen“. Hervorzuheben wäre dabei der Prozess der nicht-hierarchischen Konsensfindung der Anarchisten und der Netzwerke für direkte Aktion. Er passte sehr gut zum hierarchischen Ansatz der Gewerkschaften und vieler Nichtregierungsorganisationen, etwa aus den Bereichen Verbraucher- und Umweltschutz. Die gegenwärtige Fairtrade-Bewegung kann Reformansätzen nur dann US-weit politisches Gehör verschaffen, wenn sich Radikale und Reformer wieder gegen die weltweite Konzernmacht zusammenschließen, und wenn vertikale und horizontale Ansätze gleichermaßen in die Mobilisierung mit aufgenommen werden.

Die zweite Lehre hat mit der *Citizens Trade Campaign* zu tun, die oben erwähnt wurde. Es geht um ein breites, gut gepolstertes, dauerhaftes und formal klar definiertes Bündnis mit folgenden Elementen:

- ⇒ Ein Vorstand: ein branchenübergreifendes Bündnis von Organisationen mit nationaler Reichweite, die sich monatlich zum Austausch von Informationen und Analysen treffen, eine Strategie entwickeln und ihre Arbeit in Washington und vor Ort koordinieren;
- ⇒ Das „große Zelt“: ein Netzwerk von verbündeten Organisationen, die sich vierteljährlich treffen, um sich über Analysen und Aktionsmöglichkeiten auszutauschen;
- ⇒ Bündnisse auf einzelstaatlicher Ebene: ein Netzwerk von einzelstaatlichen und regionalen Bündnissen, die eine Teilnehmer- und Aktivistenbasis aufbauen und

auf einzelne Kongressabgeordnete in ihren Wahlbezirken im jeweiligen Einzelstaat Druck aufbauen;

- ⇒ Informationen für Aktivisten: regelmäßige US-weite Rundrufe und E-Mails, die die Aktivisten über die Themenlage und Aktionsmöglichkeiten auf den neuesten Stand bringen.

Die dritte Lehre, die wir ziehen können, ist, dass wir das internationale Fairtrade-Bündnis stärken müssen, indem die US-Gewerkschaften mehr einbezogen werden. *Our World Is Not For Sale* (OWINFS) beispielsweise ist ein weltweites Netzwerk, das aus 216 Organisationen besteht. Es umfasst zehn regionale Gruppierungen des Netzwerks ATTAC, die *Friends of the Earth* (FOE) mit vier ihrer europäischen Verbündeten und mehrere CTC-Mitglieder, darunter bemerkenswerterweise der Sierra Club und das Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP). Die Communications Workers of America ist eine von bisher leider wenigen US-Gewerkschaften, die sich an der internationalen Bündnispolitik und am OWINFS-Netzwerk beteiligen. In den USA gehört sie zu den aktivsten und kämpferischsten Gewerkschaften, die sich gegen TPP und TTIP engagieren. Daher ist es keine Überraschung, dass die CWA eher internationale Bündnisarbeit betreibt als die alten Anti-NAFTA-Gewerkschaften. Aus strate-

gischer Sicht wäre die Annäherung und Koordination mit OWINFS nicht nur für die weltweite Fairtrade-Bewegung von Vorteil, sondern auch für die Gewerkschaften selbst. Man müsste eigene Mitarbeiter zu Our World is Not for Sale entsenden und das Netzwerk auch anderweitig unterstützen. Beginnen könnte man mit all den Gewerkschaften, die zum CTC gehören, und vielleicht mit den führenden amerikanischen Dachverbänden AFL-CIO und Change to Win.

Zum Schluss eine positive Bemerkung: Die wachsende Bedeutung des Internet-Aktivismus, etwa über soziale Medien, bietet für die Zivilgesellschaft Vorteile gegenüber den Hierarchien der Konzerne und der herrschenden Politik. Denn Internet und Populismus haben viele Gemeinsamkeiten. Sie sind breit angelegt, dezentral und horizontal, gewinnen an Einfluss und sind weder hierarchisch strukturiert noch einfach in Schubladen zu stecken. Das Internet vernetzt politische Gruppierungen mit unterschiedlichen Ansätzen und erleichtert es, den gemeinsamen Gegner auszumachen. Solange das Internet umsonst und schnell (oder wenigstens bezahlbar und unzensuriert) bleibt, ist die Online-Organisierung für die Fairtrade-Bewegung und den Sieg über den globalen Kapitalismus unverzichtbar. Fest steht: Wir werden unermüdlich weiterkämpfen, denn wir wollen gewinnen!

## Weiterer Text zum Thema

### Neoliberalismus mit südlichem Antlitz

Der Aufstieg des BRICS-Blocks

Von Vijay Prashad - Mai 2013

## **Weitere Veröffentlichungen**

### **Der Klimawandel und die große Tatenlosigkeit**

Neue gewerkschaftliche Perspektiven  
Von Sean Sweeney - Februar 2015

### **Eine neue Entwicklungsagenda?**

Die Sustainable Development Goals der UNO auf dem Prüfstand  
Von Barbara Adams und Kathryn Tobin - Dezember 2014

### **Wege aus der Kälte**

Erfahrungen Schwarzer Deutscher, damals und heute  
Von Marion Kraft - Juli 2014

### **In wessen Namen?**

Eine kritische Analyse der "Responsibility to Protect"  
Von Lou Pingeot und Wolfgang Obenland - Mai 2014

### **Die Aushöhlung der Demokratie**

Wie der Bedeutungsverlust der Wahlen Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert  
Von John Nichols - April 2014

### **Selbstbestimmung statt Liquidierung**

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der amerikanischen Indianerbewegung  
Von Walter R. Echo-Hawk - Januar 2014

### **Die Last der Armut lindern**

Der Kampf für die Gleichberechtigung der Schwarzen unter Obama  
Von James Jennings - November 2013

### **Mehr als nur ein Spiel**

US-Athleten im Kampf für Soziale Gerechtigkeit  
Von Dave Zirin - Oktober 2013

### **Der unvollendete Traum**

Der „Marsch auf Washington“ und das radikale Vermächtnis Martin Luther Kings  
Von Albert Scharenberg - August 2013

### **War on Demand**

Der globale Siegeszug der Drohnen  
Von Medea Benjamin - Juni 2013

### **Fordert alles**

Lehren aus dem Transformativen Organizing  
Von Steve Williams - März 2013

### **Tod eines Yuppie-Traums**

Aufstieg und Fall der Freien Berufe  
Von Von Barbara Ehrenreich und John Ehrenreich - Februar 2013

### **Der Wert der Vielfalt**

Kanadas Immigrations- und Integrationsregime  
Von Oliver Schmidtke - Dezember 2012

### **Von der Interessenvertretung zur sozialen Transformation?**

Die LGBT-Bewegung in den Vereinigten Staaten  
Von Dawne Moon - Januar 2013

### **Alternativen zum Krieg**

Zivile Konfliktbearbeitung im Kontext Internationaler Politik  
Von Andreas Buro - Januar 2013

### **Eine kurze Geschichte von Occupy Wall Street**

Von Ethan Earle - November 2012

### **Legitime Vergewaltigung, Schlampen und Femi-Nazis**

Der Republikanische „Krieg gegen die Frauen“  
Von Laura Flanders - Oktober 2012

# WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS



## **NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN**

New York/USA  
Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen und  
Dr. Albert Scharenberg  
Website: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

## **MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA**

Mexiko-Stadt/Mexiko  
Leitung: Torge Löding  
Website: [www.rosalux.org.mx](http://www.rosalux.org.mx)

## **ANDENLÄNDER**

Quito/Ecuador  
Leitung: Dr. Miriam Lang  
Website: [www.rosalux.org.ec](http://www.rosalux.org.ec)

## **SÜDAMERIKA**

São Paulo/Brasilien  
Leitung: Gerhard Dilger  
Website: [www.rls.org.br](http://www.rls.org.br)

## **PALÄSTINA**

Ramallah  
Leitung: Dr. Katja Hermann  
Website: [www.rosaluxemburg.ps](http://www.rosaluxemburg.ps)

## **ISRAEL**

Tel Aviv  
Leitung: Dr. Angelika Timm  
Website: [www.rosalux.co.il](http://www.rosalux.co.il)

## **HAUPTSITZ**

Berlin/Deutschland  
Vorsitzender: Dr. Dagmar Enkelmann  
Geschäftsführer: Dr. Florian Weis  
Website: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

## **EUROPÄISCHE UNION**

Brüssel/Belgien  
Leitung: Dr. Klaus Sühl  
Website: [www.rosalux-europa.info](http://www.rosalux-europa.info)

## **OSTMITTELEUROPA**

Warschau/Polen  
Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka  
Website: [www.rls.pl](http://www.rls.pl)

## **SÜDOSTEUROPA**

Belgrad/Serbien  
Leitung: Dr. Boris Kanzleiter  
Website: [www.rosalux.rs](http://www.rosalux.rs)

## **RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAUKASUS**

Moskau/Russland  
Leitung: Tiina Fahrni  
Website: [www.rosalux.ru](http://www.rosalux.ru)

## **OSTASIEN**

Peking/China  
Leitung: Dr. Lutz Pohle  
E-Mail: [pohle@rosalux.cn](mailto:pohle@rosalux.cn)

## **SÜDOSTASIEN**

Hanoi/Vietnam  
Leitung: Nadja Charaby  
Website: [www.rosalux.vn](http://www.rosalux.vn)

## **SÜDASIEN**

Neu-Delhi/Indien  
Leitung: Dr. Carsten Krinn  
E-Mail: [krinn@rosalux.de](mailto:krinn@rosalux.de)

## **NORDAFRIKA**

Tunis/Tunesien  
Leitung: Peter Schäfer  
E-Mail: [pschaefer@rosalux.de](mailto:pschaefer@rosalux.de)

## **WESTAFRIKA**

Dakar/Senegal  
Leitung: Dr. Claus-Dieter König  
Website: [www.rosalux.sn](http://www.rosalux.sn)

## **OSTAFRIKA**

Daressalam/Tansania  
Leitung: Siegfried Schröder  
E-Mail: [schroeder@rosalux.de](mailto:schroeder@rosalux.de)

## **SÜDLICHES AFRIKA**

Johannesburg/Südafrika  
Leitung: Dr. Armin Osmanovic  
Website: [www.rosalux.co.za](http://www.rosalux.co.za)



Website: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

Facebook: [rosaluxnyc](https://www.facebook.com/rosaluxnyc)

Twitter: [@rosaluxnyc](https://twitter.com/rosaluxnyc)